

Rezensionen

A. Dirk Moses (Hg.): *Empire, Colony and Genocide. Conquest, Occupation, and Subaltern Resistance in World History*. New York & Oxford: Berghahn Books 2008, 491 Seiten

Es dürfte ein allgemeines Problem darstellen, Massenverbrechen in ein Geschichtsbild zu integrieren, das einem nationalstaatlichen Zusammenhang Halt und Legitimation geben soll. Ernest Renan hat dies 1882 geradezu für kontraproduktiv erklärt, und auch in der oft gerühmten deutschen Erinnerungspraxis wird der Völkermord dadurch gern letztlich auf „Andere“ abgeschoben, dass er einerseits der Vergangenheit zugewiesen und andererseits einer Kategorie von „Naziverbrechern“ zugeschrieben wird, die für die meisten eines gewiss *nicht* waren: „wir“ oder „unsere Eltern und Großeltern“. Nur selten äußert sich jemand so offen wie der israelische Historiker Benny Morris: „Sogar die große amerikanische Demokratie hätte ohne die Vernichtung der Indianer nicht geschaffen werden können.“ Und weiter: „Es gibt Fälle, wo das übergreifende, endgültige Gute die schroffen und grausamen Handlungen rechtfertigt, die im Geschichtsverlauf begangen werden“ (zit. 5). Der Herausgeber bezieht diese offene Sprache und „phallische Logik“ auf die Situation nach dem 11. September 2001, der auch in dieser Hinsicht relevanten Diskursen neue Richtungen eröffnet habe (6). Unter Verweis auf die neueren, affirmativen Arbeiten von Anthony Pagden, Niall Ferguson oder Dominic Lieven, die auch die „Praxis des Imperiums ... akzeptabel und selbst

respektabel“ erscheinen lassen wollen (185), unterstreicht auch *Mark Levene* die Aktualität der Imperiums-Problematik, genauer aber der „Moderne und ihrer Beziehung zum Staat“ (184), die er freilich in eine nationalstaatliche und eine imperiale Dimension differenziert. Moses' weiterer Hinweis auf „Europas vergiftetes Geschenk an die Welt: die Katastrophe des ethnisch und ideologisch homogenen Nationalstaates“, dessen Wurzel er im Ende der Reconquista in Spanien und dem gleichzeitigen Beginn westeuropäischer Kolonial- und Siedlungsexpansion sieht (30), verdeutlicht, dass die Problematik noch sehr viel grundlegender ist. Der vorliegende Band bietet denn auch weit mehr als vordergründigen Aktualitätsbezug. Die 19 Kapitel sind in drei große Abschnitte untergliedert und enthalten insbesondere konzeptionelle und ideengeschichtliche Auseinandersetzungen mit dem Problem des Kolonialismus und zumal der Siedlungskolonien, aber auch eine Reihe von durchweg auch konzeptionell anspruchsvollen Fallstudien über den Zusammenhang der drei Komplexe des Imperiums, der Kolonisierung durch Siedlung und des Völkermordes und schließlich drei Beiträge über die provokative Problematik des „subalternen Völkermordes“.

Gerade Ideengeschichte kann äußerst aktuell sein. So zeichnet *Andrew Fitzmaurice* eine antikolonialistische Denktradition im westlichen Europa seit den Kreuzzügen nach, durch die bereits die Frage nach dem rechtlichen Status von „Ungläubigen“ aufgeworfen worden war. Thomas von Aquin etwa hatte

naturrechtlich begründet, dass „Ungläubigen“ Eigentum zuzuschreiben sei, und von hier aus lässt sich diese für die Legitimierung kolonialer Landnahme entscheidende Frage weiterverfolgen über Francesco Vitoria, der das spanische Vorgehen in Amerika kritisierte, Hugo Grotius, Samuel Pufendorf, Emeric de Vattel, Christian Wolff, prominente Vertreter der Aufklärung, Kolonialkritiker des 19. Jahrhunderts bis hin zu einer oft übersehenen Auseinandersetzung über das Eigentumsrecht und sein Verhältnis zu staatlicher Souveränität anlässlich der Berliner Afrika-Konferenz 1884/85. Ungeachtet beträchtlicher Diskursverschiebungen geht es vor allem um die Frontstellung gegen die zentrale Annahme, die immer wieder zur Rechtfertigung des Siedlungskolonialismus angeführt wurde: die Fiktion des Landes, das niemandem gehöre (*terra nullius*), weil es menschenleer sei oder aber von seinen Bewohnern nicht ordentlich genutzt werde. In diesem Zusammenhang sind die Argumente des deutschen Frühaufklärers Christian Wolff gegen John Lockes auf der Nutzung beruhenden Eigentumsbegriff ebenso bemerkenswert, wie die Gegenargumente, die während des 19. Jahrhunderts insbesondere die Siedlungspolitik in Algerien begleiteten. Auch die gängige Pauschalverurteilung der Aufklärung aufgrund rassistischer Äußerungen von Autoren, die längst vergessen wären, hätten sie nicht auch anderes zu sagen gehabt, erweist sich hier einmal mehr als absurd. Schlimmer noch: Wer diese Zusammenhänge ignoriert, schlägt sich selbst starke Argumente aus der Hand, die zeigen, dass gerade auch in den Ausgabungsbereichen der europäischen

Kolonisierung immer auch vehement und mit überaus guten Gründen gegen die damit verknüpften Gräueltaten und Massenmorde argumentiert wurde.

Die Tragweite der damit angesprochenen Wirkungszusammenhänge erschließt sich zunehmend aus der laufenden Auseinandersetzung mit dem Werk von Raphael Lemkin, der den Begriff „Völkermord“ bzw. „Genozid“ geprägt hat. *John Dockers* Bericht über Lemkins unvollendetes Manuskript zu einer Globalgeschichte des Genozids macht sowohl die Reichweite des intendierten Begriffs und seine enge Koppelung an Siedlungsexpansion und „gewaltsamen kulturellen Wandel“ deutlich, wie er seine Problematik erkennbar werden lässt, wenn er Lemkin dazu zitiert, die von ihm mit initiierte UN-Konvention gegen das Verbrechen des Völkermordes schütze „vier grundlegende Gruppen: nationale, rassische, religiöse und ethnische“, deren Schutz nicht zuletzt verhindern solle, „dass die geistigen Güter der Menschheit verloren gehen“ (zit. 97). Dies ist weit davon entfernt, den Nationalstaat selbst zu problematisieren, wie Moses dies angesprochen hat.

Die zentrale Bedeutung des Landes als „Grundvoraussetzung“ für die „Siedlergesellschaft“ (103) macht *Patrick Wolfe* zum Ausgangspunkt seiner Argumentation, Genozid sei kein Ereignis, sondern eine Struktur – die Siedlergesellschaft als „soziale Formation“ (104). Zugleich sieht er ein langfristiges, „umfassendes Projekt, in dessen Zentrum das Land steht“ (108). Dies ermöglicht eine Sicht der mit der Landnahme vor allem in Nordamerika und Australien verbundenen Prozesse in relativer Unabhängigkeit vom Staat. Auch die Eigeninitiative

des Mobs gehört dazu. Es ergibt sich das Konzept eines „strukturellen Völkermordes“ (123), der freilich auch die Chance der Unterbrechung biete. Dies wieder verweist auf die besondere Verantwortung, derartige Prozesse auch in der Gegenwart sorgsam zu verfolgen.

Wesentliche weitere Perspektiven vermitteln dann die Hinweise zur Rekonstruktion eines „Siedler-Archivs“, d.h. eines Registers ideologischer Motive, die *Lorenzo Veracini* in der Perspektive der Grenzüberschreitung von „kolonialen Genoziden zu genozidalem Kolonialismus“ in der NS-Kriegsführung im Osten (153) sieht, wo der „östliche Lebensraum in der Ukraine“ schließlich die „Träume vom deutschen Mittelafrica verdrängt“ habe (156). Doch bereits zuvor „infiltrierten typisch koloniale Formen“, „Elemente des ‘totalen Krieges’“ den „europäischen Raum“ (157): Repressions- und Kontrollinstrumente wie Konzentrationslager, Maschinengewehr oder auch Fingerabdrücke belegten schon früh die – hier freilich arg überzogen dargestellte – „Intuition“ Lenins und zuvor schon Hobsons, „dass die Dynamik der kolonialen Beziehung die Urquelle der historischen Entwicklung sei“ (157). *David Stone* fügt dem eine wesentliche Dimension hinzu, wenn er unter Bezug auf Michel Foucault und Giorgio Agamben nach der Bedeutung von „Biomacht“ für moderne Genozide fragt. Die zutiefst erschreckende und analytisch immer wieder sperrige Verknüpfung zwischen kalter bürokratischer Rationalität und Ordnungsstreben einerseits sowie extremster Gewalt und Allmachts-, aber auch Bedrohungsphantasien andererseits ermöglicht es zugleich, eine komparative

Perspektive zu entwerfen, die „kolonialen Völkermord oder Politizid“ ebenso einbegreift wie den Holocaust (173). Zugleich zeigt sich hier nachdrücklich, dass alledem keineswegs atavistische Mythologien zugrunde lagen, wie immer wieder behauptet wird, sondern dass die Völkermorde des 20. Jahrhunderts „entschieden ein Produkt der Moderne“ waren (175).

Unter den stärker empirisch orientierten Beiträgen untersucht *Mark Levene* aus der Sicht der „genocidal moments“ u.a. die Frage, ob unterschiedliche Gräueltaten in den Kolonien im späten 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Genozid anzusprechen seien: Legt man wie die UN-Konvention die Intentionalität, die Absicht zur Vernichtung zugrunde, so sind weder die Kongo-Gräueltaten Leopolds II. noch die Unterwerfung Acehs in Niederländisch-Indien, die Unterdrückung der antikolonialen Bewegung auf den Philippinen oder eventuell selbst die Feldzüge gegen Herero und Nama in Südwestafrika streng als Genozid zu bezeichnen. Jedoch die bereits von Wolfe angesprochene strukturelle Dynamik trieb die Verteidiger kolonialer Herrschaft in entgrenzte Aktionen, in denen sich imperiales Missionsbewusstsein und nationale Geltungssucht überschneiden. Der „Imperativ des Wettbewerbs“ habe seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts „Imperien – und im Grunde alle Staaten in einer sich globalisierenden politischen Ökonomie“ (199) in jene Entgrenzungen der Gewalt getrieben, wo schließlich in den Worten Giorgio Agambens „Biopolitik zu Thanatopolitik“ wird (zit. ebd.).

Knapp vor dieser Periode und zunächst außerhalb der Sphäre europäischer

Kolonisierung liegt der Prozess, den *Ben Kiernan* als „serielle Kolonisierung“ in Kambodscha bezeichnet, als das Land wechselnde Okkupationen und Inkorporationen durch seine Nachbarn Siam und Vietnam (Đai Nam) erlebte und die Okkupanten ebenso wie die Widerstandskämpfer genozidale Strategien verfolgten, während der vietnamesische Kaiser Minh-Mang zugleich bestrebt war, die eigene konfuzianisch orientierte Agrarreform auch im Nachbarland durchzusetzen. Spielte hier Land eine wichtige Rolle, so rückt es vollends ins Zentrum der Diskurse über die von Zeitgenossen als „Ausrottung“ bezeichnete Vernichtung der Urbevölkerung Tasmaniens innerhalb weniger Jahrzehnte im 19. Jahrhundert – wie *Ann Curthoys* belegt, wurde hier teilweise die mit dem Ausschluss von der zentralen Ressource verbundene manifeste Gewalt vernachlässigt. Sie zeichnet weiter die Aufbrechung einer Isolation der australischen Geschichtsschreibung nach, die im internationalen Vergleich sich schließlich der Anerkennung des Geschehens als Genozid annäherte, wobei Curthoys jedoch zugleich vor vorschnellen Verallgemeinerungen warnt. Auf eine wichtige Differenzierung, nämlich die Aneignung von Land aufgrund der Fiktion der *terra nullius* wie in Australien einerseits, aber auch von Verträgen, wie dies von den USA praktiziert wurde, andererseits verweist *Norbert Finzsch*, auf die riskanten Ambivalenzen zwischen Assimilierung und *kultureller* Vernichtung *Blanca Tovías* anhand der Unterdrückung und Neubestimmung des Sonnentanzes der Blackfoot im kanadischen Nordwest-Territorium. *Dominik J. Schaller* leitet aus der kolonialen Herrschaftspraxis in

Deutsch-Südwestafrika sowie Deutsch-Ostafrika die These ab, Genozide seien „immer kolonial“ und zugleich, „koloniale Herrschaft und Kolonialismus als solche immer genozidal“ (317). Er weist damit über das im Zentrum des Bandes stehende Paradigma des Siedlerkolonialismus hinaus und nimmt zugleich Stellung in der laufenden Debatte über die Zusammenhänge zwischen auch speziell deutscher Kolonialherrschaft und Holocaust. Diese Sicht wird nachhaltig gestützt durch *David Furber* und *Wendy Lower*, die sich mit der Kolonisierungsstrategie der Nazis in Polen und der Ukraine während des zweiten Weltkrieges auseinandersetzen. Auf unterschiedlichsten Ebenen, vom strategischen Zugriff bis zu Darstellungen in Feldpostbriefen, fördern sie kolonialistische Motive zutage, aber auch koloniale Dilemmata wie das Problem, wer nach Vernichtung der ansässigen Bevölkerung noch die produktive Arbeit leisten sollte.

Der dritte große Abschnitt befasst sich zunächst mit zwei wenig bekannten Fällen von Völkermord: *David Cahill* arbeitet die genozidalen Aspekte der Großen Rebellion von 1780-1782 in den Anden – heute Peru und Bolivien – unter Führung von Tupac Amaru heraus: Der Befehl, alle Spanier und *corregidores* zu töten, laufe auf einen „Kastenkrieg“ und damit auf „Völkermord von unten“ (405) hinaus. Cahill begründet dies mit einer ausführlichen Neu-Interpretation der verschiedenen Phasen der Bewegung, wodurch der „Kastenkrieg“ als Racheakt gegen ethnisch als Kreolen kodierte Verräter erscheint. Es ist bemerkenswert, dass er die in anderen Fällen gängige Kritik, die Terminologie sei möglicherweise anachronistisch, in keiner Weise

antizipiert. Waren die Opfer hier Kreolen und Mestizen, so greift *Robert Cribb* mit dem „kurzen Völkermord an Eurasiern in Indonesien 1945/46“ (424ff) einen in manchem ähnlich gelagerten Fall auf. Freilich waren die Täter hier nach dem Abzug der japanischen Besatzer und der Unabhängigkeitserklärung Indonesiens auftretende Milizen, deren Motivationslage Cribb als Mischung aus Nationalstolz und Furcht vor niederländischen Agenten beschreibt. Als weiteren „subalternen Völkermord“ beschreibt schließlich *Alexander Hinton* die Massaker der Roten Khmer vor dem Hintergrund von Inklusions- und Souveränitätskonstruktionen, die er einerseits auf das Reich von Angkor, andererseits durch die französische Kolonialherrschaft als komplexen „Zusammenstoß (*encounter*) mit der Moderne“ beschreibt, der über den „kolonialen Zusammenstoß (*encounter*)“ in einem Prozess hinausgehe, in dem „kulturelles Wissen umgeformt wurde“ (456) – man kann hier zugleich einen weiteren Baustein zur Kritik allzu blauäugiger Reden über lokales Wissen sehen, das über derartige Abgründe offenkundig hinweggleitet.

Insgesamt bietet der Band so ein ungemein reiches, zutiefst beunruhigendes Material. Die Lektüre lässt zugleich erahnen, was Raphael Lemkin einmal mit seiner nicht vollendeten Globalgeschichte des Völkermordes vorschwebte und was ihn umtrieb. Diese Problematik ist keineswegs erledigt. Zu ihrer Durchdringung werden hier gleich mehrere Schritte getan.

Reinhart Kößler

Henning Melber, mit John Y. Jones (Hg.): *development dialogue* no. 50: *Revisiting the heart of darkness – Explorations into genocide and other forms of mass violence*. Uppsala: Dag Hammarskjöld Centre, 308 Seiten

Joseph Conrads kolonialismuskritischer (aber dennoch z.T. kolonialem Denken verhafteter) Roman über die Exzesse der europäischen Herrschaft in Zentralafrika (*Herz der Finsternis*) stand Pate beim Titel des vorliegenden Sammelbandes, der im wesentlichen aus verschriftlichten Vorträgen und Referaten zweier Konferenzen zu „Mass Violence in Africa“ und „Genocide“ besteht. Damit ist der thematische Rahmen bereits abgesteckt. Prominentes Thema ist in nahezu allen Beiträgen also „Völkermord“ und die Frage, wann von einem solchen gesprochen werden kann. Laut der UN-Konvention von 1948 handelt es sich dabei um „Handlungen, begangen in der Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören“ (8). In der Einleitung bilanziert *Henning Melber* nüchtern, dass in den Jahrzehnten nach Verabschiedung der Konvention jedoch wenig getan wurde, um das durch den Holocaust hervorgerufene „Nie wieder“ Wirklichkeit werden zu lassen. Erst für die letzten zehn Jahre konstatiert er Schritte in die richtige Richtung wie die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs und die Annahme der „Responsibility to Protect“ durch den UN-Sicherheitsrat.

In seinem Beitrag mit dem ambitionierten Titel „The history of mass violence since colonial times – Trying to

understand the roots of a mindset“ stellt *Jacques Depelchin* die These auf, dass Kolonialismus und Sklavenhandel „eine Denkweise hinsichtlich der Beziehungen zwischen den Menschen und der Beziehung zwischen Menschheit und Natur etablierte, die sich während der letzten fünf Jahrhunderte kaum verändert hat“ (17). Diese Denkweise habe ebenso zur Atombombe wie auch zum Holocaust geführt, und auch wenn „das Böse“ heute eher mit dem fundamentalistischen Islam in Verbindung gebracht werde, sei es doch eher verknüpft mit dem „Triumph des Westens“ bzw. seinen ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Modellen (18). Im Endeffekt sei die Ära des Kolonialismus auch noch nicht vorüber, die afrikanischen Staaten seien von ihrem Status her näher an Indianerreservaten anzusiedeln als an souveränen Staaten (22), und der Zusammenhang zwischen Massengewalt gegen die Natur und Massengewalt gegen Menschen, zwischen Verarmung der Biosphäre und Verarmung von Menschen werde immer mehr Menschen deutlich (23). Bacon wird als ein Kronzeuge dieser Denkweise angeführt, und Al Gore als ihr Erneuerer kritisiert. Das klingt in dieser knappen Zusammenfassung zwar recht krude, doch die angesprochenen Verbindungslinien zwischen Industriekapitalismus, Kolonialismus, Moderne und Gewalt sind von großer Relevanz, worauf allerdings in unterschiedlicher Weise auch schon die Frankfurter Schule, Zygmunt Bauman, subsistenzfeministische oder Post-Development Ansätze aufmerksam gemacht haben – allerdings ohne den hier durchscheinenden Antiamerikanismus (18). Etwas weniger steile Formulierungen oder

etwas sorgfältigere Belege hätten der Überzeugungskraft des Artikels jedenfalls sicher gut getan.

Reinhart Kößler („Violence, legitimacy and dynamics of genocide – Notions of mass violence examined“) analysiert verschiedene Gewaltbegriffe und erinnert daran, dass der Staat grundlegend auf Gewalt basiert, diese aber extern und intern auf verschiedene Weise ausübt und sie dabei nicht als Gewalt kennzeichnet – Gewalttäter sind in dieser Sicht stets nichtstaatliche Akteure. Im Hinblick auf Massengewalt hebt er hervor, dass diese in der Regel staatlich angeordnet, angeregt oder zumindest geduldet wird (wobei Ruanda jedoch nicht ganz in dieses Schema passt) und dem Morden stets Prozesse des „Otherring“ und der Legitimation vorhergehen. Jedoch nicht nur im Vorfeld, auch im Nachhinein seien die Gewaltakte mit Gruppendifinitionen verwoben und könnten entsprechende Zugehörigkeiten verfestigen oder transformieren.

Die Gewaltförmigkeit nicht von Staaten allgemein, sondern von Entwicklungsdogmen betont *Gerald Krozewski* in seinem Beitrag „Contextualising violence in colonial Africa – European national development, empire and lineages of conflict“. Hierbei vergleicht er unterschiedliche Konzeptionen kolonialer Entwicklung (v.a. „liberal-imperialistische“ und protektionistische). Er kommt – gegen Kößler – zu dem Schluss, der Leviathan sei „nicht an sich gewalttätig“ gewesen (68), vielmehr hätten die Erfordernisse imperialer Herrschaft eine Dynamik entfaltet, als Modernitätsvorstellungen auf Probleme ökonomischer Steuerung trafen; die Gewalt sei eher kontextspezifisch als strukturell.

Dominik Schaller widmet sich der zentralen Frage, inwiefern das Genozidkonzept auf den europäischen Kolonialismus angewendet werden kann („Colonialism and genocide – Raphael Lemkin’s concept of genocide and its application to European rule in Africa“). Obwohl die seriöse Geschichtsschreibung weitestgehend konsensual von einem Völkermord an den Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika spreche, sei strittig, ob die koloniale Herrschaft an sich als genozidal zu bezeichnen sei. Die UN-Genozidkonvention sei in diesem Kontext inadäquat, da die Absicht der physischen Vernichtung einer ethnischen Gruppe im Kolonialismus aufgrund des Interesses an der indigenen Arbeitskraft per se nicht bestanden habe. Lemkin hingegen habe darauf insistiert, dass die Zerstörung der kulturellen Identität einer Gruppe (z.B. durch Verbot ihrer Sprache oder Zerstörung von historischen Monumenten) – in der Forschung bisweilen als Ethnozid bezeichnet – oder Praktiken wie Landraub und Zwangsarbeit ebenfalls Akte des Völkermords seien. Allerdings sei dieser weite Begriff innerhalb der UN auf vehemente Ablehnung gestoßen. Wenn jedoch Lemkins Genozidkonzept, das zwischen der politischen, sozialen, kulturellen, ökonomischen, biologischen, physischen, religiösen und moralischen Zerstörung einer Gruppe differenzierte, beispielsweise auf die deutsche oder belgische Kolonialherrschaft in Afrika angewandt werde, gelange man unweigerlich zu der Einsicht, dass sie „nicht nur gewaltsam, sondern inhärent genozidal“ (86) gewesen sei. Dennoch sei Lemkin selbst kein prinzipieller Gegner des Kolonialismus gewesen, sondern ein Verfechter der *mission civilisatrice*.

In „Colonialism and the holocaust – Towards an archaeology of genocide“ wagt sich *Jürgen Zimmerer* an ein hierzulande sehr heißes Eisen heran: an einen Vergleich der Gewaltpraktiken und Strategien in Nationalsozialismus und Kolonialismus. In seinem Beitrag, der beinahe als einziger auf ältere Forschungen der Soziologie des Völkermords von Fein und Chalk/Jonassohn zurückgreift (Rosa Amelia Plumelle-Urbe sucht man in den Literaturverzeichnissen aller Artikel übrigens ebenso vergeblich wie Leo Kuper), arbeitet er strukturelle Ähnlichkeiten heraus, die seine Bezeichnung der Expansions- und Besatzungspolitik der Nazis in Osteuropa als kolonial völlig plausibel erscheinen lassen. Diese Ähnlichkeiten verortet er v.a. in der Rassenideologie als Herrschaftslegitimation und in der „Politik des Raumes“, die auf den Erwerb und die Unterwerfung abhängiger Territorien abzielte, aber auch in Techniken wie einem dualen Rechtssystem, das für (rassistisch identifizierte) Kolonisierende und Kolonisierte unterschiedliche Rechte und Maßstäbe vorsah. Wie die ihm in der Frage der Analogie vehement widersprechende Historikerin Birthe Kundrus sieht er jedoch die Vernichtungsabsicht als konstitutives Merkmal des Völkermords und subsumiert folglich Sklavenhandel und Zwangsarbeit im Rahmen des Kolonialismus nicht unter diesen Begriff.

Anthony Court diskutiert die Frage „Do we need an alternative to the concept of genocide?“ v.a. im Hinblick auf Gerlachs Konzept der „extrem gewalttätigen Gesellschaften“ und kommt dabei zu dem Schluss, dass deren Merkmale weitestgehend abgedeckt werden vom völkerrechtlich definierten

Straftatbestand der „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, die ja im Original doppeldeutig „crimes against humanity“ heißen, und eine Ausweitung des Genozidkonzepts daher überflüssig sei – auch wenn der Hinweis auf nicht-staatliche Tätergruppen (siehe Ruanda) durchaus ernst zu nehmen sei.

Hannah Arendts Werk über die *Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft*, in dem sie Verbindungen zwischen Imperialismus, Antisemitismus und Totalitarismus aufzeigt, wird in einigen Beiträgen erwähnt; bei Ulrike Kistner („Lineages of racism in genocidal contexts – Lessons from Hannah Arendt in contemporary African genocide scholarship“) steht es im Mittelpunkt. Sie verweist dabei auch auf Parallelen zu Foucaults *In Verteidigung der Gesellschaft* und arbeitet am Beispiel Ruanda heraus, dass Arendts Kategorien (v.a. aristokratisches Rassendenken vs. biologischer Rassismus) auch in der Analyse gegenwärtiger Völkermorde nützlich seien.

Auch der Beitrag von Mohamed Adhikari befasst sich mit dem Genozid in Ruanda und seiner Darstellung im Film: „*Hotel Rwanda* – The challenges of historicising and commercialising genocide“. Der Autor wirft dem Hollywoodstreifen – sicher nicht unberechtigt – mangelnde Kontextualisierung des Konflikts, Simplifizierungen, eine zu positive Sicht auf die RPF und generell eine nicht hinreichend drastische Schilderung der Gräueltaten und der verzweiferten Situation der Flüchtlinge vor. Ob das filmische Resultat einer historisch präziseren Wiedergabe der Ereignisse ebenso viele Menschen ins Kino gelockt hätte, ist eine andere Frage.

Die nächsten beiden Beiträge – „The making and meanings of massacres in Matebeleland“ von Ian Phimister und „Mass violence in Zimbabwe 2005 – Murambatsvina“ von Mary Ndlovu behandeln nachkoloniale staatliche Gewaltpraktiken im Zimbabwe unter Mugabe. Im ersten Fall geht es um die Niederschlagung einer Oppositionspartei in einer Provinz im westlichen Teil des Landes während der 1980er Jahre – durch Massaker an der Zivilbevölkerung seitens staatlicher Truppen, bei denen politische Loyalität und ethnische Zugehörigkeit in eins gesetzt wurden, weshalb auch nach der UN-Konvention von einem Genozid die Rede sein könne. Proteste seitens der Unterzeichnerstaaten gab es jedoch nicht. Rund zwei Jahrzehnte später kam es zu Angriffen von Polizei und Armee auf informelle Siedlungen und Marktstände in einigen Städten Zimbabwes. Innerhalb weniger Wochen verloren mehrere hunderttausend Menschen ihr Zuhause und/oder ihre Erwerbsmöglichkeiten. Die angegriffene Gruppe war hier nicht ethnisch oder politisch, sondern sozial definiert: Es waren die informell Arbeitenden und Wohnenden, grob gesagt die Armen. Rein rechtlich, so die Autorin, sind die Bedingungen der Genozidkonvention nicht erfüllt, die eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit hingegen schon.

Im letzten Beitrag der ersten Konferenz („A luta continua! – South African HIV activism, embodiment and state politics“) setzen sich Elina Oinas und Katarina Jungar mit der strukturellen Gewalt gegenüber Aidskranken auseinander, insbesondere diskursanalytisch mit den Implikationen der „Körperpolitik“ der südafrikanischen Treatment Action Campaign (TAC) und der Frage,

ob eine verfehlte Gesundheitspolitik als Massen- oder Völkermord gewertet werden kann. Sie kommen zu dem Resultat, dass sich in den Texten der TAC unterschiedliche Politikverständnisse und Auffassungen von Macht wiederfinden lassen: binäre und hierarchische (mit Foucault: souveräne) sowie solche, die anscheinend denen von Arendt nahe kommen. Problematisch erscheint ihnen, dass bisweilen auf Menschenrechtsdiskurse, moralische Eindeutigkeiten, Schuldzuweisungen und wissenschaftliche Wahrheiten zurückgegriffen werde, die die Betroffenen als passive Opfer erscheinen lassen und die politischen Möglichkeiten auf „gut“ oder „böse“ reduzieren. Das ist durchaus interessant, auch wenn der Bezug zum Genozidthema diffus ist. Er wird erst am Ende wieder hergestellt, indem die Regierung als „Vollstrecker von Massengewalt und tödlicher Biopolitik“ (256) bezeichnet wird.

Die Beiträge der zweiten Konferenz ähneln im Vergleich tendenziell eher politischen Vorträgen als wissenschaftlichen Abhandlungen. Im ersten, in dieser Hinsicht etwas untypischen Text, führt *Melber* („Colonialism, genocide and mass violence – Integral parts of modernity“) frühere Überlegungen zum Thema fort, indem er auf die „dunkle Seite“ der Aufklärung – linearen Evolutionismus, absoluten Fortschrittsglauben und die Selbstwahrnehmung Europas als überlegene Zivilisation – ebenso aufmerksam macht wie auf den Zusammenhang der Disziplinierung von innerer und äußerer Natur (und damit verbundenen vermeintlichen „Naturvölkern“). *Charles Abugre* postuliert im nächsten Beitrag „Behind most mass violence lurk economic interests“, führt dies aber weiter in

einer Kritik der Strukturanpassungsprogramme, die die BIP-Wachstumsraten in Afrika (wie war das gleich mit der westlich-kapitalistischen Denkweise?) ins Gegenteil verkehrt und „hilflosen oder mitbeteiligten Regierungen“ (275) genozidale wirtschaftspolitische Bedingungen auferlegt hätten. Darüber hinaus nimmt er Mugabe vor „westlicher Kritik“ in Schutz: Er solle sein Amt „in Würde“ verlassen können. Schlussendlich fordert er stärkere Bewusstseinsbildung, denn „im Moment sind viele von uns tief in unserem Bewusstsein noch Eingeborene“ (277).

Alejandro Bendaña bejaht seine Frage „Is there a south perspective on genocide?“ und liefert die Antwort gleich mit „Hier sind einige Wahrheiten, so wie sie vom Süden gesehen und empfunden werden“ (279): Er beklagt die Selektivität der Wahrnehmung und Erinnerung von Völkermorden: der „Holocaust“ von Shabra und Shatila – von der israelischen Armee 1982 bombardierte Flüchtlingslager – sei vergessen worden und ungesühnt geblieben, weil die Opfer keine Juden, sondern Araber waren. Ebenso werde der Völkermord im Kongo vom Westen ignoriert, obwohl dort 20mal so viele Tote zu beklagen seien wie in Darfur. Dort gebe es halt keine vitalen geopolitischen Interessen der USA, folglich würden die „Konzernmedien“ auch gänzlich anders berichten, und eine Verletzung der Souveränität des sudanesischen Staates werde auch nicht als Problem wahrgenommen. Ein anderer Völkermord finde tagtäglich durch den globalen Neoliberalismus statt, in Form der Opfer leicht vermeidbarer Krankheiten, ein Genozid, der von jeder Geberorganisation des Nordens unterstützt und mitfinanziert

werde. Reparationszahlungen für den Kolonialgenozid würden durch den immer noch strukturell verankerten Rassismus verhindert. Die 2007 in Kraft gesetzte vollständige Illegalisierung von Abtreibungen in Nicaragua sei ebenfalls ein Genozid, weshalb die Männer aufgerufen seien, die Frauen zu verteidigen (!) (291). Nüchtern betrachtet (was nicht leicht fällt) bieten dieser und der vorhergehende Beitrag gutes Anschauungsmaterial für die Fragen, wo und wie Antiimperialismus in Antisemitismus umschlägt, autoritären Eliten in die Hände spielt und immer noch patriarchal geprägt ist – und ob das simple Freund-Feind-Denken nicht genau jenes ist, das an die Macht gekommene Befreiungsbewegungen zu solchen Mitteln greifen lässt wie in Zimbabwe.

Die abschließend dokumentierte Diskussion bringt kaum neue Erkenntnisse (außer den Vorwurf der begrifflichen Inflation). Das Abschlussstatement der Konferenz glättet die Wogen und ruft in wenig kontroversen Worten zu humanitären Taten und politischen Lösungen unabhängig von hegemonialen Interessen sowie zur selbstkritischen Reflexion und zur Sensibilisierung für strukturelle Gewalt auf.

Der Sammelband ist durchweg interessant zu lesen, gerade weil durchaus widersprüchliche Positionen vertreten sind und einige Diskussionen auf hohem intellektuellem Niveau stattfinden. Dass die aktuellen Fallstudien auf AIDS-Politik und gewaltsame Stadtplanung beschränkt sind, ist bedauerlich, hier wären (z.B.) Beiträge zu Darfur und zur DRC sicher passend gewesen. Hierin spiegelt sich das Grundproblem der Debatte wider. Einerseits ist es richtig und relevant, auf strukturelle Gewalt

aufmerksam zu machen, andererseits büßt ein Genozidbegriff, der auf die Shoah gleichermaßen angewandt wird wie auf koloniale Zwangsarbeit, Strukturanpassungsprogramme und Abtreibungsverbote, den Großteil seiner analytischen und politischen Schärfe ein. Der Verweis auf die alltäglichen Todesopfer einer Weltordnung auf der Basis der prinzipiellen Legitimität der bestehenden Eigentumsverhältnisse, marktwirtschaftlicher Beziehungen und nationalstaatlicher Herrschaft ist bitter nötig. Eine Alleskleberkategorie für Nazis und WeltbankmitarbeiterInnen ist jedoch fehl am Platz, und es muss möglich sein, zwischen Kolonialismus, Rassismus, struktureller Gewalt, Neoliberalismus und Massenmorden zu differenzieren – hier liegen nicht nur die semantischen Wurzeln (im griechischen *krinein* = unterscheiden), hier liegt auch die Aufgabe von Kritik.

Aram Ziai

Hartmut Pogge von Strandmann:
Imperialismus vom Grünen Tisch. Deutsche Kolonialpolitik zwischen wirtschaftlicher Ausbeutung und „zivilisatorischen“ Bemühungen.
Berlin: Ch. Links 2009, 526 Seiten

Der in Oxford lehrende Historiker Hartmut Pogge von Strandmann legt hier eine Untersuchung vor, die unverkennbar auf seiner jahrzehntelangen Auseinandersetzung mit einem weitgehend vernachlässigten Aspekt der etwa dreißig Jahre währenden deutschen Kolonialherrschaft beruht: der Formulierung der im Rahmen dieser Herrschaft verfolgten Politiklinien und der Auseinandersetzung um die hier angewandten Verwaltungs- und Herrschaftspraktiken.

Gleich eingangs tritt der Autor mit allem Nachdruck der Vorstellung entgegen, die koloniale Expansion und Herrschaft seien für das Kaiserreich eher eine Marginalie gewesen. Wie er in verschiedener Hinsicht belegen kann, hat vielmehr „zwischen der Reichsgründung 1871 und dem Kriegeausbruch von 1914 ... kein Ereignis mehr zur Veränderung des politischen Charakters des Reichs beigetragen als der Erwerb von Kolonien“ (28). Das zeigt sich zum einen vor dem Hintergrund der Geschichte der deutschen Nationalbewegung und des Liberalismus, die recht konsistent eine koloniale Perspektive verfolgten, zum andern an der engen Verflechtung der 1884 real gewordenen Kolonialpolitik mit anderen zentralen Politikfeldern und Entwicklungen. Der Autor hat seine Studie sorgfältig in diesen Kontext einschließlich der „Schaffung einer Überseeatmosphäre“ (32ff) eingebettet.

Die Darstellung konzentriert sich auf den 1891 als Beirat der im Auswärtigen Amt angesiedelten Kolonialabteilung konstituierten Kolonialrat. Dadurch werden andere Institutionen und Formen der Politikfindung und -ausführung – insbesondere die Reichsleitung und der Reichstag, aber auch die Verwaltungen der einzelnen Kolonien – eher vermittelt durch die zuweilen übermäßig detailliert dargestellten Debatten und sonstigen Auseinandersetzungen innerhalb des Kolonialrates erkennbar. So tritt eine spezifische Schwerpunktsetzung ein: Der Kolonialrat entstand als Komponente der Bismarckschen Strategie, den Reichstag durch korporative Institutionen zu umgehen. Daher setzte er sich neben erfahrenen Beamten aus Vertretern unterschiedlicher Interessen zusammen – vorab aus der Wirtschaft, dann aber

auch aus Missionsgesellschaften und der Koloniallobby. Dadurch rücken zivilgesellschaftliche Prozesse, insbesondere auch die Verbindungen zu anderen Bereichen nationalistischer Mobilisierung, deutlich ins Blickfeld. Dagegen werden Prozesse innerhalb des Regierungsapparates und der Verwaltungsspitzen oft nur insoweit aufgegriffen, wie sie Gegenstand der Debatten im Kolonialrat waren, und da diese weitgehend von der Kolonialabteilung bestimmt wurden, gerät diese Perspektive relativ eng. Sie ist beschränkt auf die unübersehbare Konkurrenz zwischen der Kolonialabteilung und dem Reichsmarineamt um die Kontrolle der Kolonien, die Auseinandersetzungen über die Gewichtung von Militär und Verwaltung in den Kolonien sowie die unvermeidlichen Budgetdebatten. Sonstige intragouvernementale Auseinandersetzungen werden vor allem anlässlich der zahlreichen Wechsel an der Spitze der Kolonialabteilung bzw. ab 1907 des Kolonialamtes erkennbar. Hier dürfte weiterhin Raum für umfangreiche Forschungen bleiben. Auch wichtige Bereiche der Nicht-Thematisierung im Gremium des Kolonialrates führen zu einem nicht ganz vollständigen Bild; dies gilt vor allem für die Kriegführung während der Zuspitzung der „kolonialen Krise“ zur „Katastrophe“ in den Jahren 1904–1908 (Kap. 10, 354ff).

Plastisch deutlich werden dagegen die Interessenkonstellationen und -konflikte, die eigentlich erst den gesellschaftlichen und politischen Kontext der Kolonialpolitik ausmachen. Von zentraler Bedeutung dürfte dabei die enge Verflechtung der vor allem in der Deutschen Kolonialgesellschaft (DKG) institutionalisierten Koloniallobby mit den wichtigen zivilgesellschaftlichen

Akteuren eines zunehmend sich radikalisierenden Nationalismus sein, die im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts auftraten: So ging der Alldeutsche Verband (ADV) direkt aus der Frustration über die letztlich begrenzte Kolonialexpansion und den Ausgleich mit Großbritannien über die Inseln Helgoland und Sansibar hervor, und 1898 entstand der Flottenverein, der zum größten zivilgesellschaftlichen Akteur auf diesem Feld werden sollte, wesentlich aus der „von den beiden nationalen Verbänden DKG und ADV getragene(n) Flottenpropaganda“; trotz der im folgenden entstehenden Konkurrenzsituation blieben wichtige „personelle Querverbindungen“ (248).

Ungeachtet des grundsätzlichen Konsenses über nationalistische Orientierung, Kolonialherrschaft und auch Kolonialexpansion brachte der Kolonialrat wesentliche Interessengegensätze zum Ausdruck. So stießen unterschiedliche wirtschaftliche Strategien aufeinander, die letztlich zu divergierenden Zielbestimmungen der deutschen Kolonialherrschaft führten: Die großen Konzessionsgesellschaften strebten zumal in Kamerun und Ostafrika ausgedehnte Plantagen an und konzentrierten sich in Südwestafrika auf die Ausbeutung von Bodenschätzen; hier erregte in national gestimmten Kreisen auch die Beteiligung britischen und südafrikanischen Kapitals Anstoß. Dagegen fassten Handelsinteressen eher die Schaffung einer auch als Verbrauchermarkt in Frage kommenden afrikanischen Bauernschaft ins Auge, während in Südwestafrika die letztlich sehr begrenzt realisierte Perspektive der deutschen Auswanderung und Siedlung von zentraler Bedeutung war. Solche unterschiedlichen, oft gegensätzlichen Interessen und Anliegen

fanden Niederschlag in Kontroversen über die Zukunft der Sklaverei, deren Abschaffung einmal wesentlich die koloniale Besitzergreifung zumal in Ostafrika legitimiert hatte, und allgemeiner über die Formen der Rekrutierung von Arbeitskräften und ihre Behandlung. Das patrimoniale Züchtigungsrecht spielte dabei eine wichtige Rolle, aber auch der eher unvorteilhafte Vergleich mit anderen Kolonialregimen im Hinblick auf Prügel-Exzesse unter deutscher Ägide. Bei alledem herrschte durchgängig das Bild vom faulen Eingeborenen bzw. Afrikaner, der zur Arbeit erzogen werden müsse. Dies verschränkte sich zumindest gelegentlich mit evolutionistischen Vorstellungen und der Inklusion der „Eingeborenen“ als „unentwickelte Genossen des eigenen Volkes ... , die man erziehen müsse“ (Julius Scharlach, zit. 364). Andere kontroverse Themen betrafen die für norddeutsche Handelshäuser, aber auch die ostelbische Landwirtschaft einträgliche Branntweineinfuhr in Westafrika, vor allem aber den Eisenbahnbau. Hier konzentrierten sich zentrale Themen wie die strategische Ausrichtung der Linienführung und eine mögliche weitere Expansion der Kolonien, mögliche Landkonzessionen an Investoren und die Prioritätensetzung von Ausbeutungsstrategien. Über das Ziel der wirtschaftlichen Ausbeutung selbst herrschte Konsens, der auch Kritiker an einzelnen Verfahrensweisen einschloss.

Das Ende des Ersten Kolonialrates 1908 stand im Zusammenhang mit der aktivistischen Reformära unter Bernhard Dernburg ab 1906, die auch die Versetzung der Kolonialabteilung vom Auswärtigen Amt brachte. Später zweimal, und zwar 1911 und 1913, einberufene, vergleichbare Kommissionen

verweisen auf die Bedeutung personeller Konstellationen für solche Arrangements, zeigen aber auch eine Verlagerung auf Aspekte des Finanzregimes, sowohl was die Kreditvergabe in den Kolonien als auch die Kontrolle der Börsenspekulation dort tätiger Unternehmen anging. Das Buch schließt mit einem kurzen Ausblick auf die kolonial-revisionistischen Pläne und Aktivitäten während der Weimarer Republik und die Stoßrichtung des Nationalsozialismus auf ein osteuropäisches Kolonialreich, um für die Zeit nach 1945 zu resümieren: „Was geblieben ist, ist das Streben nach einer bedeutenden Position auf dem Weltmarkt ohne territoriale Herrschaftsansprüche in Übersee oder auf dem europäischen Kontinent.“ (471)

Eine solche Perspektive mag manche versöhnlich stimmen. Zweifel werden vielleicht laut, wenn sich manches hundertjährige Zitat doch im wahrsten Sinne unheimlich aktuell liest, etwa wenn Kolonialdirektor Stuebel in der Reichstagsdebatte am 1. Juli 1904 zum Herero-Deutschen Krieg im heutigen Namibia meinte, „daß dort so gut für Größe und Ruhm des Vaterlandes gekämpft wird, als wenn es sich um die Verteidigung unserer Grenzen in Europa handelte“ (zit. 390). Ein Schelm, wem da „Sicherheit“ und „Hindukusch“ einfallen.

Reinhart Kößler

Gisela Graichen & Horst Gründer:
Deutsche Kolonien. Traum und Trauma. Berlin: Ullstein
Taschenbuch 2007, 480 Seiten

Der Verlag schreibt einleitend: „Es ist an der Zeit, die Geschichte des deutschen Kolonialismus... neu zu erzählen.“ Warum am Beginn des 21. Jahrhunderts?

In der zweiten Hälfte des 20. Jhs. haben sich auch die Völker Afrikas von der direkten Kolonialherrschaft befreit und damit ein eindeutiges Urteil über Kolonialismus gefällt. Diese Tatsache wirkte auch auf die Bundesrepublik. Die überwältigende Mehrheit der Deutschen akzeptierte die Dekolonisierung als Realität und verdrängte die deutsche Mitbeteiligung an der Kolonialherrschaft aus ihrem Bewusstsein, z.B. dass auch deutsche Diplomaten des Kaiserreichs am Grünen Tisch in Europa an der willkürlichen Aufspaltung Afrikas beteiligt waren und die Grenzen von vier Kolonien in Afrika (heutigen Staaten) festgelegt hatten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die Regierungen der damaligen Kolonialmächte erkannt, dass die „nationalen Kolonialimperien“ auch in Afrika nicht aufrechtzuerhalten waren. Sie wollten die hier neu entstehenden Staaten in ein regionales Satellitenverhältnis überführen und bezogen die Bundesrepublik in diese politische Konzeption ein, seit 1957 auch über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Kritiker bezeichneten dies damals, durchaus zutreffend, als „kollektiven Kolonialismus“ westeuropäischer Mächte. Stärker denn je sprechen heute die europäischen Regierungen, verbunden durch die Europäische Union, gegenüber den afrikanischen Staaten mit einer Stimme. Ihre Kolonialpropagandisten haben die Diskussion über die Rolle des Kolonialismus in der Weltgeschichte in den ehemaligen „Mutterländern“ neu entfacht, um dem Kolonialismus „trotz allem“ eine positive Rolle in der Vergangenheit zuzusprechen. Jedoch bezieht die Globalisierung auch die Staaten Afrikas verstärkt ein. Auch in

Deutschland, als Mitglied der Europäischen Union, soll eine populärwissenschaftliche Darstellung eine moderne Kolonialideologie wieder in breitere Kreise der Bevölkerung hineintragen. Deshalb halten es der Ullstein-Verlag und die Autoren wohl für „an der Zeit“, die deutsch-koloniale Vergangenheit als Teil europäischer Kolonialgeschichte darzustellen. Unbestritten ist die durch zahlreiche Illustrationen aufgelockerte Gesamtdarstellung spannend geschrieben; die Überschriften der 16 Kapitel und Unterabschnitte wären es wert, hier wörtlich angeführt zu werden. Der Leser wird sich an vielen gelungenen, zutreffenden Formulierungen erfreuen. Der Verlag hebt „diese erste populäre und wissenschaftlich fundierte Gesamtdarstellung des deutschen Kolonialismus“ hervor und wirbt mit Passagen aus Rezensionen, (z.B. „Welt am Sonntag“): „faktenreich, anschaulich, vorurteilsfrei“. Zu diesem „vorurteilsfrei“ und der wissenschaftlichen Fundierung sind Bedenken anzumerken. In der Bibliographie des Buches ist nun *kein Titel* der wissenschaftlichen Literatur erwähnt, die in der DDR auf der Grundlage der Akten des Reichskolonialamtes (seit 1956 im Zentralarchiv in Potsdam) publiziert wurde. Das Urteil, ob missliebige Literatur einfach totzuschweigen als „wissenschaftlich fundiert“ gelten kann, bleibt dem Leser überlassen.

Trotz aller erfreulicher Kritik von Gisela Graichen und Horst Gründer an Kolonial- und rassistischer Politik bleiben ihre Darstellungen mehrfach unpräzise. Sie vermeiden in diesem Buch, das nach dem Urteil des Verlages im Taschenbuch „bereits als Standardwerk gilt“, eine Definition des Begriffes „Kolonialismus“. Dabei hatte Hartmut

Schilling, vormalig Professor für Ökonomie der Entwicklungsländer in Leipzig, bereits 1977 definiert: „Kolonialismus ... ist stets die Ausbeutung und Unterdrückung eines in Abhängigkeit gebrachten Volkes durch die herrschende Klasse eines anderen Volkes unter Ausnutzung von Unterschieden im Niveau der ökonomischen und sozialen Entwicklung“ (Schilling 1977: 11); er unterscheidet ferner die unterschiedliche Bedeutung der Kolonialherrschaft einerseits für die kolonial Unterdrückten, andererseits für die kolonialen Metropolen.

Statt der notwendigen Klärung des Begriffes fragen die Autoren in der Überschrift des einleitenden Kapitels (9): „Deutscher Kolonialismus – ein Sonderweg?“. Sie beantworten (11) diese Frage abschlägig. Dem ist die bekannte Tatsache entgegenzuhalten, dass *jede* Kolonialmacht auf Grund der Gesellschaftsordnung in der Metropole in der Kolonialpolitik ihren eigenen Weg festlegte. Folglich *musste* es einen „deutschen Sonderweg“ geben.

Aus Platzmangel kann der Rezensent seine Kritik betreffend die Kolonie Togo im Detail nicht darlegen. Interessenten wird dieser Teil per e-Mail von peter.sebald@gmx.de zugesandt. Auch für Togo wurde die Spezialliteratur offenbar nicht zur Kenntnis genommen. Dadurch ergeben sich eine Reihe von sachlichen Fehlern bzw. Fehleinschätzungen. Das seitens der deutschen Regierung vorgegebene Rassistenregime wird nicht so beim Namen genannt. Für Togo hatte die amtliche rassistische Klassifizierung zur Folge, dass in der sich Schritt um Schritt etablierenden Kolonialgesellschaft alle Schlüsselpositionen „Europäern“ vorbehalten blieben. Nicht ein togoischer Arzt wurde in den 30 Jahren deutscher

Herrschaft ausgebildet. In 30 Jahren baute die Administration (für ca. 1 Mill. Menschen) vier Regierungsschulen, aber 12 Gefängnisse – Kommentar überflüssig! Dass Gouverneur Zech 1907 eine 12tägige Arbeits- bzw. Geldsteuer pro Jahr für jeden Mann anordnete und damit das Leben bis ins letzte Dorf veränderte, wird ebensowenig erwähnt.

Zwar werden in dem Buch „auch in Togo Missstände“ eingeräumt und dafür die Beschwerde aus Lomé vom 12. Oktober 1913 an Staatssekretär Solf angeführt (114), nicht aber die weit umfangreicheren und konsequenteren Petitionen an den deutschen Reichstag aus Anecho und Lomé vom Mai 1914, die bereits 1988 im Wortlaut bei Peter Sebald veröffentlicht worden sind (Sebald 1988: 654-675).

Die Autoren erwähnen ein gewichtiges Problem nicht: Wieso konnte mit einem Minimum von deutschen Verwaltungsbeamten (in Togo kaum 100) die Herrschaft bis ins entfernteste Dorf durchgesetzt werden? Jegliche Kolonialherrschaft beruht auf militärischer Gewalt, die deutsche aber im besonderen Maße, war doch schon das kaiserliche „Mutterland“ wegen des vorherrschenden preußischen Militarismus weltweit berühmt-berüchtigt. So bildete in Togo die Militärdiktatur mittels afrikanischer Söldner die Grundlage direkter Herrschaft bis 1914. Die rund 50 von der Administration im „friedfertigen Togo“ von 1895 bis 1903 ausgewiesenen Feldzüge waren als „Kriege“ getarnte vorsätzliche Morde, mit denen das koloniale Terrorregime seine künftige direkte flächendeckende Herrschaft und Macht über Leben und Tod signalisierte. Zumindest im allgemeinen Kapitel „Die Kolonialkriege – Völkermorde“

(161-167) hätten die Autoren auf diese Logik verweisen können.

Der These der Autoren (167, 199), es habe einen qualitativen Unterschied zwischen der rassistischen Politik im Kaiserreich und des Dritten Reiches gegeben, ist die simple, aber entscheidende Tatsache entgegenzuhalten, dass beide Regimes die Hautfarbe und Rasse eines Menschen als Grundlage staatlicher Politik nahmen. Selbstverständlich verschärfte ein faschistisches Regime in der europäischen Metropole den Rassismus in der Kolonialpolitik.

Die Autoren haben mit ihrem so interessant zu lesenden Buch die deutsche Version für einen im 21. Jh. internationalen Trend der Darstellung der Kolonialgeschichte vorgelegt. Sie sind in der Tat deutsche „Trendsetter“ für die Rechtfertigungstheorien der ehemaligen Kolonialmächte im Zeitalter der Globalisierung als Teil aktueller Politik. Dafür haben sie in manchen Medien ehrende Worte erhalten. Dass die Autoren erfreulich viele kolonialkritische Passagen verwenden, bedarf keiner Erklärung. Es ist aber angesichts der bis in die Gegenwart reichenden „Entkolonialisierung“ in Europa darauf zu verweisen: Die Beseitigung der direkten Kolonialherrschaft als Tatsache anzuerkennen, bedeutet für manche Europäer nicht, auch aus *innerer Überzeugung* Kolonialismus prinzipiell abzulehnen.

Peter Sebald

Literatur

- Schilling, Hartmut (1977): *Krise und Zerfall des imperialistischen Kolonialsystems*. Berlin (DDR).
 Sebald, Peter: *Togo 1884-1914*. Berlin (DDR).

Ulrich van der Heyden & Joachim Zeller (Hg.): *Kolonialismus hierzulande. Eine Spurensuche in Deutschland*. Erfurt: Sutton Verlag 2007, 447 Seiten

Die Bewusstmachung und Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit ist zu einem wesentlichen Zweig lokaler Geschichtsinitiativen und einzelner Aktivistinnen und Aktivisten geworden. Der aufklärerische Nutzen, sich und anderen klar zu machen, dass koloniale Herrschaft nicht (nur) irgendwo Tausende von Kilometern entfernt stattgefunden hat, sondern verknüpft ist mit dem eigenen Wohnort und täglich begegnenden Merkzeichen wie Straßennamen, Häusern oder Denkmälern, ist fast unmittelbar einsehbar. Mittlerweile hat in diesem Bereich auch eine beachtliche Publikationstätigkeit eingesetzt, in die sich das vorliegende Buch weitgehend einfügt. Die über 80 Einzelbeiträge tun dies freilich in unterschiedlichem Maße und auf höchst unterschiedlichem Niveau. Die Ausstattung mit reichen, freilich nicht immer klar motivierten Illustrationen, mittlerem Großformat, schwerem Papier und Hardcover nähert das Buch dem Prachtband bzw. der Kategorie des *coffee table book* an. Das kann das Blättern zum Vergnügen machen, ist aber auch nicht unproblematisch – zumal dann, wenn eine Reihe von Beiträgen wenig mehr bieten als die Aufzählung von (nicht immer korrekt wiedergegebenen) Fakten. In einem argumentativen Gesamtzusammenhang, wo andere sich an Details von Uniformknöpfen und kolonialen Feldzeichen erfreuen, kommen solch unreflektierte Faktensammlungen dieser Kolonialnostalgie – ganz unzweifelhaft ungewollt – dennoch allzu sehr

entgegen. Dem ließe sich nur durch eine weit gründliche Kontextualisierung begegnen, die aber im Rahmen der kurzen Beiträge meist nicht zu leisten ist. Die Herausgeber haben sich auf ein knapp zweiseitiges Vorwort beschränkt, das zwar höchst anspruchsvoll Parallelen zu dem klassischen Werk von Pierre Nora über „Erinnerungsorte“ in Frankreich sowie dem von Etienne François und Hagen Schulze verfassten deutschen Gegenstück in Anspruch nimmt, sonst aber wenig auch nur zur Gliederung der Aufsatzsammlung verlauten lässt. Auch der Hinweis, dass hier „deutscher“ Kolonialismus lange vor der Gründung des deutschen Nationalstaates angesetzt wird und die Unternehmungen der Welser in Venezuela ebenso einbegreift wie die brandenburgischen Kolonisationsversuche in Westafrika, wird nicht weiter begründet. Dass auch noch das Intermezzo der niederländischen Herrschaft an der Nordostküste Brasiliens berücksichtigt wird, könnte den deutschen Nationalisten des 19. Jahrhundert gefallen haben, die eh die „Völkchen“ an der Wasserkante eingemeinden wollten. Eigentlich hat ja die kritische Forschung zu Nation und Nationalismus längst herausgearbeitet, dass solche Rückprojektionen, die „Deutschland“ im Mittelalter oder in der Frühen Neuzeit entdecken wollen, eher der Ideologie des 19. Jahrhunderts aufsitzen als dass sie die Wirklichkeit zu trafen. Im Jahr des 2000. Jubiläums der Varusschlacht kann man das auch in besseren Feuilletons lesen. Wer freilich Wilhelm I. nicht von Wilhelm II. (234) unterscheidet und auch Karl Liebknecht nicht von seinem Vater Wilhelm (255), wer auch durchgehen lässt, dass „Wahehe“ als „Bantu-Völkerschaft“ (247f)

bezeichnet werden, nimmt's vielleicht einfach nicht so genau. Vieles liest man, wenn man sich denn einer Gesamtlektüre unterzieht, auch mehrmals, weil offensichtlich zu wenig unternommen wurde, die Einzelbeiträge aufeinander abzustimmen.

Diese reichen von der erwähnten faktenhuberischen Aufzählung über komprimierte Auszüge aus Dissertationen – oft trifft man auf Materialien, die auch anderswo schon zu lesen waren – bis hin zur gelungenen Vignette, so etwa *Ulrike Lindners* Skizze der Straßenbenennungen und -umbenennungen im „Kolonialviertel“ in München-Trudering oder *Michael Zeuskens* knappe Dekonstruktion des „Humboldt-Mythos“ anhand der zu Lebzeiten unveröffentlichten Tagebücher Alexander von Humboldts, die sich kritisch mit der in den Amerikas beobachteten gesellschaftlichen Realität auseinandersetzten. *Kathrin Roller* berichtet spannend über die schwäbische Kleinstadt Gerlingen, die Heimat einer erstaunlichen Anzahl von Missionaren war und daher in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Zielort von Reisen aus deren früheren Missionsgebieten wurde. Warum die schwarze Witwe des in Ghana berühmten Missionars Johannes Zimmermann „bei den Gerlingern keinen Kontakt gefunden“ habe, wie ein Quellentext formuliert, bleibt freilich unerörtert (232). Das Gleiche gilt für die Lebensumstände der Menschen, die in der von *Marianne Bechhaus-Gerst* und *Joachim Zeller* im umfangreichsten Beitrag des Bandes präsentierten „Bildergalerie“ offenbar allein dem Nachweis dienen, dass zu verschiedenen Zeiten „Schwarze“ in „Deutschland“ gelebt haben, auch wenn es Anfang des 20. Jahrhunderts nur 500

von 60 Mio. waren (0,001 %). Was es bedeutet, dass ungeachtet des in Deutsch-Südwestafrika brutal durchgesetzten „Mischehen-Verbotes afrikanische Männer und deutsche Frauen offenbar unbehelligt zusammen leben konnten“ (403, 410), bleibt unerörtert, ebenso die Präsenz eines schwarzen Soldaten in einem deutschen Schützengraben im Ersten Weltkrieg (409), während doch gleichzeitig die deutsche Kriegspropaganda den Einsatz der Tirailleurs Sénégalais geißelte. Vielleicht sollen beim Betrachten der Bilder solche Fragen ja auch gar nicht gestellt werden. Dann freilich ist erst recht nach dem Sinn der Aufhäufung von Fakten zu fragen, die für sich genommen wenig aufklärerische Wirkung entfalten können.

Reinhart Kößler

Raffael Scheck: *Hitlers afrikanische Opfer. Die Massaker der Wehrmacht an schwarzen französischen Soldaten*. Aus dem Englischen von Georg Felix Harsch. Hamburg: Assoziation A 2009, 196 Seiten

Die Bedeutung des globalen Südens im Zweiten Weltkrieg ist in letzter Zeit verschiedentlich und verstärkt thematisiert worden. Raffael Schecks im Original 2006 veröffentlichte Untersuchung ist dabei auf breite Resonanz gestoßen. Bereits 2007 erschien eine französische Übersetzung. Die Arbeit untersucht in erster Linie Ereignisse, die sich während des kurzen Zeitraums von Anfang Mai bis Mitte Juni 1940 zutrug, in denen die deutsche Wehrmacht in zuvor kaum für möglich gehaltener Geschwindigkeit Frankreich sowie die Benelux-Staaten überrannte und größtenteils besetzte. Der sehr detailliert aus verstreuten Quellen

beider kriegführender Seiten erhobene Tatsachenbericht lässt sich schnell resümieren: Es kam vor allem mit dem Fortschreiten des deutschen Feldzuges immer wieder, aber keineswegs generell zu Erschießungen gefangener, vorwiegend aus Westafrika stammender Rekruten, die einen nicht unwesentlichen Teil der französischen Armee ausmachten. Auch in den Kriegsgefangenenlagern, in denen die Überlebenden interniert wurden, unterlagen sie besonders schlechten Bedingungen, die sich allerdings nach einigen Monaten besserten, wohl aufgrund der kolonialen Perspektiven, die sich Nazi-Deutschland für einen begrenzten Zeitraum eröffneten und für die Kollaborateure rekrutiert werden sollten.

Freilich begnügt sich Scheck nicht mit diesem auf intensiver Quellenarbeit beruhenden Befund. Seine Versuche der Einordnung und Interpretation sind aufschlussreich und sprechen mehrere Perspektiven an. Zum einen stellt Scheck einen Zusammenhang zwischen den Ereignissen des Jahres 1940 und den unter deutscher Ägide geführten Kolonialkriegen zu Beginn des 20. Jahrhunderts her, wobei freilich nur der Deutsch-Herero-Krieg in Namibia und der Maji-Maji-Krieg in Tanzania herausgegriffen werden. Wie Scheck deutlich belegt, haben diese Kriege, vor allem aber die genozidale Kampagne im damaligen Deutsch-Südwestafrika, wesentlich dazu beigetragen, Schwarze im öffentlichen Bewusstsein Deutschlands als brutal, blutgierig, ja nicht eigentlich menschlich zu charakterisieren. Dies legitimierte die Vernichtungsstrategie auch im metropolitanen Diskurs. Scheck verweist jedoch auch auf den stillschweigenden und ironischen Widerspruch, der im Ersten Weltkrieg mit der Romanti-

sierung der ostafrikanischen Kampagne Lettow-Vorbeckes und „seiner“ Askari bestand. Der Erste Weltkrieg konfrontierte dann deutsche Truppen bereits mit unter französischer Flagge kämpfenden Kolonialtruppen, und dies prägte einige der Propaganda-Klischees, die 20 Jahre später wieder aufgegriffen wurden; verstärkt wurde dies durch die anlässlich der Rheinlandsbesetzung nach 1919 betriebene Propaganda über die „schwarze Schmach am Rhein“. Diese Register wurden während des Frankreichfeldzuges 1940 auch durch spezifische Initiativen von Hitler und Goebbels aktiviert und verstärkt. Die Propagandaoffensive fügte sich in breitere Argumentationsmuster ein, die Frankreich als dekadent und jüdisch beherrscht darstellten, womit der Rückgriff auf schwarze Soldaten als besonders sinistre Maßnahme und Verrat an der „weißen Rasse“ erschien. Scheck sieht hier den von Herbert C. Kelman und V. Lee Hamilton als „Autorisierung“ von (Kriegs-)Verbrechen bezeichneten Vorgang als abgeschlossen an (vgl. bes. 122).

Weitere Faktoren kamen hinzu. Die Vorstellung vom Afrikaner als besonders grausamem Kämpfer wurde durch Gräueltberichte über die Verstümmelung gefallener Deutscher bestärkt, aber auch durch die besondere Hartnäckigkeit und Tapferkeit, mit der viele afrikanische Einheiten ihre Stellungen verteidigten. Gerade hier verweist Scheck auf die unterschiedliche Behandlung schwarzer und weißer Kriegsgefangener. Zugleich arbeitet er aber heraus, dass in einer generell durch das Chaos eines unverhofft schnellen deutschen Vormarsches, des Rückzuges der französischen Armee und der Flucht von Millionen von Zivilisten gekennzeichneten Situation nicht von

einem systematischen Vorgehen der Wehrmacht gesprochen werden kann: Unterschiedliche Einheiten verhielten sich keineswegs gleichförmig, und oft rettete das mutige Eintreten der weißen französischen Offiziere für ihre schwarzen Soldaten, gelegentlich aber auch Einsicht, Anstand und Mut eines Deutschen einer Gruppe schwarzer Kriegsgefangener das Leben. Dem stehen selbstverständlich spiegelbildliche Situationen gegenüber.

Eine dritte Ebene betrifft die Entwicklungslinie der deutschen Kriegsführung im Zweiten Weltkrieg: Scheck verweist darauf, dass bereits beim Überfall auf Polen 1939 die Liquidation von Zivilisten und Kriegsgefangenen eine Rolle spielte, zugleich aber deutliche Spannungen zwischen Wehrmacht und SS erkennbar waren. Der Frankreichfeldzug wird demgegenüber meist als nach den Maßstäben des Rechtes im Kriege korrektes Gegenstück gesehen. Diese Sicht wird durch die Verbrechen an den afrikanischen Soldaten nicht unwesentlich differenziert. Damit lässt sich die Entwicklungslinie zum darauf folgenden Krieg im Balkan und gegen die Sowjetunion weiter verfolgen, wo schließlich 1941 mit dem „Kommissarbefehl“ die Liquidation spezifischer Gruppen von Gefangenen systematisiert wurde.

Von Scheck weniger systematisch ausgeführt, aber vor allem aus den Quellenzitaten erkennbar sind Argumentationen auf französischer Seite. Dies gilt insbesondere für die Tendenz zur Inklusion der afrikanischen Soldaten in die Republik, die für die Kolonisierten ja nur begrenzt Realität war, und für den von gefangenen Offizieren vorgebrachten Verweis, ihre Loyalität und

Tapferkeit beruhe auf der von Frankreich erfolgreich wahrgenommenen zivilisatorischen Mission. Offen bleibt schließlich, inwiefern die teilweise als Elitetruppen angesprochenen schwarzen Regimenter an Stellen eingesetzt wurden, die besonders riskant waren. Ihre Todesquoten lagen jedenfalls oft weit über denen der übrigen Abteilungen. All dies verweist auf die Selbstverständlichkeit, mit der an kolonialen Diskursen festgehalten wurde.

Leider wurde die deutsche Fassung nur sehr fragmentarisch aktualisiert, so dass neuere Arbeiten gerade aus Deutschland, die sich nicht zuletzt mit dem für das Rassismus-Register wichtigen Bild des „Askari“ auch noch während der 1930er Jahre und allgemeiner mit der Lage und Behandlung von Afrikanern im Nationalsozialismus befassen, unberücksichtigt geblieben sind.

Reinhart Kößler

Alexander Flores: *Der Palästina-konflikt*. Freiburg i.Br., Basel, Wien: Herder 2009, 128 Seiten

Aufhänger des Buches, das als Band 6082 in der Reihe „Wissen was stimmt“ erschienen ist, ist der jüngste Krieg, mit dem Israel den Gaza-Streifen überzog. Dieser Krieg lasse sich nur richtig verstehen, „wenn man den Gesamtzusammenhang ins Auge fasst, und das ist oft die ganze Geschichte des Palästina-Konflikts seit seinem Einsetzen in den Achtzigerjahren des 19. Jahrhunderts“ (11). Damit hat der Autor einen hohen Anspruch formuliert, den auch der Titel der Reihe einzulösen verspricht. Diese soll auf jeweils 128 Seiten über gängige Themen aufklären, in diesem Jahr u.a. über „Geht uns das Erdöl aus?“, „Globalisierung“,

„Piraten“, „Al-Qaida“ oder „Nationalsozialismus“. Mehr als ein Basiswissen kann dabei nicht herauskommen.

Unhintergehbare Voraussetzung der Darstellung ist Alexander Flores' Auffassung: „Den Palästinensern wurde mit der Gründung des Staates Israel und ihren Begleitumständen ein historisches Unrecht angetan, und die israelische Politik seither setzt dieses Unrecht fort. Scharfen Kritikern Israels wird oft der Wunsch unterstellt, es verschwinden zu sehen. Nichts dergleichen ist hier intendiert. Israel existiert, auf seinem Boden ist eine neue jüdisch-hebräische Nation entstanden, die nur diese Heimat und diesen Staat hat. Jeder Versuch, Israel zu beseitigen, wäre ein neues schweres Unrecht. Freilich sollte alles getan werden, Israel von seiner bisherigen Politik abzubringen, die es immer wieder in die Konfrontation mit den Palästinensern und anderen Arabern getrieben hat.“ (12)

Auf dieser Grundlage erläutert Flores in den Kapiteln „Der Zionismus“ (15ff), „Palästina vor 1948“ (27ff), „Die Gründung des Staates Israel und die Folgen“ (51ff), „Die Besatzung“ (67ff), „Der Oslo-Prozess“ (83ff) und „Bilanz und Ausblick“ (117ff) umrisshaft Wurzeln und Verlauf des Konflikts. Er zeigt, wie aus dem friedlichen Zusammenleben von Juden und Arabern im 19. bis hinein ins 20. Jahrhundert eine kriegerische Auseinandersetzung wurde. Der „Anhang“ vervollständigt das Buch u.a. durch eine „Chronologie“ (123ff) und eine Karte der „Autonomie-Gebiete der Palästinenser nach den Oslo-Abkommen 1993 und 1995“ (128).

Der Zionismus entstand Ende des 19. Jahrhunderts in Europa aus einer Verknüpfung jüdischer Traditionen mit dem hegemonial gewordenen Nationalismus.

Flores versteht ihn als „eine Reaktion auf die Not der europäischen Juden im späten 19. Jahrhundert“ (16). Andere Reaktionen waren Engagement „in revolutionären oder reformerischen Bewegungen, um die Lage (der Juden, MK) dort zu verbessern, wo sie sich befanden“ (17), oder Auswanderung ohne ein politisches Projekt. „Grundidee des politischen Zionismus war die Vorstellung, man könne die Not der Juden durch Konzentration möglichst aller Juden der Welt in einem Territorium und die Gründung eines jüdischen Nationalstaats auf diesem Territorium beheben.“ (18) Auf dieser Basis propagierte er die Auswanderung nach Palästina. Dies schuf die ersten Konflikte, denn während religiös motivierte Einwanderer sich in Städten niederließen und „im Wesentlichen von der Wohltätigkeit europäischer Juden“ (16) lebten, gründeten die zionistische inspirierten landwirtschaftliche Kolonien und konkurrierten so „mit der einheimischen Bevölkerung [...] um dieselben Ressourcen, vor allem um Land“ (15).

Zudem konnte der Zionismus sein Projekt nur im Bündnis mit den damals dominanten Mächten realisieren. Er war also in „doppelter Hinsicht ... eine europäische Erscheinung: durch seine Entstehung vor dem Hintergrund der Lage der europäischen Juden in der nationalistisch aufgeladenen Atmosphäre Europas, und weil seine Verwirklichung in Palästina nur dadurch möglich war, dass die europäischen Kolonialmächte nach dem Ersten Weltkrieg den Nahen Osten beherrschten, über die ehemals osmanischen Territorien nach ihren Machtinteressen verfügten und in diesem Rahmen das zionistische Projekt begünstigten.“ (20).

Im weiteren Verlauf der Darstellung zeigt Flores, wie sich der Konflikt durch die Politik der Zionisten in Verbindung mit der britischen Kolonialverwaltung bis zu seinem Höhepunkt in der Ausrufung des Staates Israel am 14. 5. 1948 verschärfte, indem die Interessen der einheimischen Bevölkerung schlicht übergangen, Zusicherungen nicht eingehalten und Verträge gebrochen wurden. Er erläutert darüber hinaus, warum die Palästinenser mehrheitlich die zionistische Einwanderung ablehnten. Als Gründe nennt er ihre Vertreibung von dem Land, das zionistische Einwanderer ihnen abkauften, die Verweigerung der Unabhängigkeit durch die britische Mandatsregierung und die Einschätzung des Zionismus „als Bedrohung palästinensischer Existenz im Land schlechthin.“ (42)

Einen weiteren Aspekt in der Dynamik des Konflikts stellt der Nationalsozialismus dar. Denn durch ihn beschleunigte sich die Auswanderung. Zudem kooperierten die Zionisten mit den Nazis „aus einer partiellen Identität von Interessen, nämlich an jüdischer Auswanderung aus Deutschland bzw. Einwanderung nach Palästina und an dem daraus zu ziehenden ökonomischen Nutzen.“ (49)

Scharf kritisiert Flores die Politik Israels seit seiner Gründung. Seiner Ansicht nach war der Konflikt bislang auch deshalb nicht zu lösen, weil Israel eine Lösung verhinderte. Abschließend zeigt Flores Perspektiven einer Friedensregelung auf, ohne die Schwierigkeiten zu verschweigen, die damit verbunden sind. Insgesamt gelingt es ihm, darzustellen, wie verfahren die Konfliktlage ist. Dies führt ihn zu dem Ergebnis, dass Israel gezwungen sein werde, „gründlich

umzusteuern und eine auf Ausgleich mit den Palästinensern beruhende Regelung anzustreben. Das wird nach so langer Zeit ganz gegenläufiger Dynamik des Konflikts nicht leicht sein; auch innerisraelisch schwer durchzusetzen. Manche sagen einen Bürgerkrieg mit den Siedlern und ihrem Milieu voraus, wenn es tatsächlich zum Rückzug aus allen besetzten Gebieten kommt.“ (120) Dennoch bezeichnet er den Rückzug als „sinnvolle und legitime Forderung“ (122). Denn „die Alternative – Fortsetzung des bisherigen Kurses – wird weiter unaussprechliches Leid bedeuten, und zwar nicht nur für die Palästinenser, sondern auch für die Israelis.“ (120) Gerade diese Widersprüchlichkeit spiegelt die Antinomien der gegenwärtigen Konfliktlage wider. Denn selbstverständlich führte auch ein Bürgerkrieg in Israel zu großem Leid.

Erfreulich ist, dass Flores den Zionismus im Kontext nicht nur des europäischen Nationalismus, sondern auch des Antisemitismus zu verstehen versucht. Allerdings fehlt ihm ein ausreichendes Wissen über jüdische Traditionen. Denn dieses hätte ihm eine andere Bewertung der Zusammenarbeit zwischen Zionisten und Nationalsozialisten ermöglicht. Während er „die Palästinenser“ (49) mit Ausnahme des Muftis von Jerusalem Amin al-Husaini von einer solchen Kooperation freispricht, hält er sie für „die Zionisten“ durchaus für konsequent und meint: „Es wirft allerdings kein sonderlich positives Licht auf die Sache des Zionismus insgesamt, dass die Zionisten ... bereit waren, mit den Nazis zusammenzuarbeiten und dabei auch den von anderen jüdischen Organisationen ausgerufenen Boykott zu durchbrechen.“ (49f) Einmal abgesehen davon, dass die Rede von „den Palästinensern“

bzw. „den Zionisten“ Differenzierungen weitgehend vermissen lässt, so war diese Art der Zusammenarbeit mit dem Feind in der Geschichte des Judentums stets umstritten, wie ein Blick in kanonische und außerkanonische Schriften zeigt, und es gab und gibt keine Instanz, die diesen Streit entscheiden oder auch nur schlichten könnte. Zudem rettet ein Boykott keinem aktuell mit Vernichtung bedrohtem Menschen das Leben. Angesichts der Unwilligkeit der nicht von deutschen Truppen besetzten Nachbarstaaten, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, könnte man mehr Verständnis für die zionistische Praxis erwarten, ohne sie darum gutzuheißen oder die Differenzen zwischen verschiedenen jüdischen Organisationen zu leugnen.

Eine weitere Schwäche des Buches ist, dass Flores die Palästinenser völlig unproblematisiert als „ursprüngliche Bevölkerung des Landes“ (15) bezeichnet. Der Landstrich ist seit mehr als 5.000 Jahren dauerhaft besiedelt; er hat die Oberhoheit mehrerer (Welt-) Reiche über sich ergehen lassen müssen und die verschiedensten Völkerschaften kommen und gehen gesehen. Wenn vor diesem Hintergrund die Rede von einer „ursprünglichen Bevölkerung“ überhaupt sinnvoll sein soll, bedarf sie einer Begründung, die die Frage klärt, wie lange Menschen in der Region gelebt und sich als Kollektiv aufgefasst haben müssen, um die Bezeichnung zu Recht zu tragen.

Zu guter Letzt führt die Begrenzung des Blicks auf den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern dazu, dass der Umgang der arabischen Nachbarn mit ihnen völlig unberücksichtigt bleibt. Wer beispielsweise die Abriegelung des Gazastreifens kritisiert, sollte zumindest

erwähnen, dass auch Ägypten daran beteiligt ist. Denn das Verhalten der arabischen Staaten gehört ebenfalls zum „Gesamtzusammenhang“ des Konflikts. Dann muss man allerdings bezweifeln, dass der Konflikt im Rahmen der Herder-Buchreihe überhaupt angemessen darzustellen ist. Diese Zweifel verstärken sich angesichts des Titels der Reihe. Wenn hier nämlich „Wissen was stimmt“ versammelt ist, wird damit eine Vollständigkeit behauptet, die im genannten Umfang nicht annähernd möglich ist. Zugleich erteilt der Reihentitel Denkverbote. Trotz dieser Kritik sei die Lektüre des Buches ausdrücklich angeraten. Denn es bietet einen Überblick über den Konflikt und stellt daher einen wichtigen Beitrag zu einer notwendigen Diskussion dar.

Michael Korbmacher

Gary Baines & Peter Vale (Hg.): *Beyond the Border War. New Perspectives on Southern Africa's Late-Cold War Conflicts*. UNISA: University of South Africa Press 2008, 342 Seiten

Die „Grenze“ ist eine unumgängliche Konsequenz jeglicher Strategie, einen befriedeten Herrschaftsbereich zu schaffen, der sich als Hort einer wie auch immer bestimmten Zivilisation von dem umgebenden Chaos unterscheidet und daher zugleich auch umfriedet sein muss. J.M. Coetzee hat dies in *Waiting for the Barbarians* in eindringlicher Weise literarisch gestaltet, ohne sein Heimatland Südafrika auch nur ein einziges Mal zu erwähnen – und doch besteht nie der Hauch eines Zweifels, wo die sich abschottende Festung denn liegen mag. Die Routine technologischer, wo erforderlich auch militärischer

Abschottung, die ihr innewohnende Gewalt und die Todesopfer, die diese immer wieder fordert, sind inzwischen vertraut von den gigantischen Grenzbefestigungen, die „Europa“ von „Afrika“ und „Asien“ trennen. Ähnliches gilt für den Nachdruck, mit dem die Grenzlinien zwischen den USA und Mexiko, Australien und seinen nördlichen Nachbarn oder auch Südafrika und Moçambique zu scheinbar oft unüberwindlichen Hindernissen für ungebetene Migranten gemacht werden.

Gary Baines bezeichnet die Nordgrenze des Herrschaftsbereichs des Apartheidsregimes in der Einleitung zu dem vorliegenden Band in Analogie zum Eisernen Vorhang als „Wellblech-Vorhang“ (3) – die Grenze also, die das Apartheidsregime in Südafrika in den 1980er Jahren im Rahmen seiner „totalen Strategie“ gegen den vorgeblichen „totalen Angriff“ des Weltkommunismus verteidigte. Sie unterschied sich in wesentlicher Hinsicht von jenen Beispielen: Zahlreiche Menschen versuchten, dem Herrschaftsbereich Südafrikas zu entkommen, oft freilich nicht mit der Perspektive dauerhafter Emigration, sondern eines aktiven Exils, das mit dem Sturz des verhassten Regimes enden sollte. Die Bewegung nach außen erschien denen, die die Grenze sicherten, somit mindestens so gefährlich wie umgekehrt das Einströmen unkontrollierbarer Menschengruppen. Vor allem sah sich das Apartheidsregime in scharfe innere Kämpfe verwickelt, bis hin zur ausdrücklichen Strategie seiner Gegner, das Land unregierbar zu machen, solange die rassistische Herrschaft fortbestehen würde. Und schließlich chiffrierte die „Grenze“ den heißen Krieg im Norden Namibias und im Süden Angolas, der

neben den Townships Südafrikas zum Brennpunkt des regionalen Konflikts geworden war. Dieser Krieg verwüstete eine ausgedehnte Region zu beiden Seiten der angolanisch-namibischen Grenze; er bedeutete eine Erfahrung alltäglichen Terrors für die Menschen, die in der Kriegszone lebten; er prägte einen entscheidenden Lebensabschnitt der jungen Männer, die als Wehrpflichtige, aber etwa auch als „umgedrehte“ gefangene Angehörige der Befreiungsbewegungen in die militärischen Kämpfe und das dauerhafte Besatzungsregime in Nord-Namibia hineingezogen wurden; er ging einher mit einem Regime systematischer Abschottung aller Bevölkerungsgruppen in Südafrika und selbst der kämpfenden Soldaten von der Realität der Kriegsführung „an der Grenze“.

Dennoch ist der „Grenzkrieg“ nach wie vor ein halböffentliches, wenn auch kein offizielles Thema in Südafrika und der betroffenen Region, zumal in Namibia. Seinen ideologischen Ausformungen in Südafrika, aber auch der realen Kriegsführung vor allem in Südafrika und ihrer Verarbeitung widmen sich die 17 Beiträge des vorliegenden Bandes. Sie tun dies vor allem durch das Medium unterschiedlicher Repräsentationsformen, wobei die Erlebnisebene der weißen Rekruten deutlich in den Vordergrund tritt. Dabei wird an einer Population, die in Südafrika ein Kernelement der herrschenden Minderheit darstellte, durchaus deutlich gemacht, welche zumal kulturellen und psychischen Verwerfungen langjährige militärische Besatzungsregime gerade auch unter den Akteuren der Besatzungsmacht hervorrufen. Es geht um Allianzen zwischen den Akteuren des Kalten Krieges, insbesondere um die

Zusammenarbeit Apartheid-Südafrikas mit den *Counter-Insurgency*-Strategen in den USA, um ideologische Strategien, die den „Border War“ propagierten und von der Filmförderung bis zu Schlagersendungen im Radio die Bilder der Verteidigung der eigenen Kultur und des Pionierheldentums in der Tradition der *voortrekkers* mit der Brutalität und Barbarei konfrontierten, die den vom Norden aus operierenden Befreiungsbewegungen zugeschrieben wurden. Einen großen Raum nimmt dabei die Verarbeitung der Kampferfahrungen größtenteils durch Ex-Kombattanten in Form von Literatur und darstellender Kunst ein. Dabei kontrastieren die in verschiedenen Beiträgen analysierten romanartigen Gestaltungen meist weißer südafrikanischer Kriegsteilnehmer mit der Darstellung eines von dem angolanischen Künstler und Kriegsteilnehmer Fernando Alvim initiierten Gemeinschaftswerkes mit einem cubanischen und einem südafrikanischen Kollegen, das auf den gemeinsamen Aufenthalt am Ort der entscheidenden Schlacht von Cuito Cuanavale im Süden Angolas zurückgeht. *Wendy Morris* reflektiert dabei ihre eigene lebensweltliche Konfrontation mit dem banalen Radioprogramm „boys on the border“ und ordnet die künstlerische Aktion ein in die Auseinandersetzung mit dem absoluten Grauen in künstlerischen Antworten auf den Holocaust.

Die sonstigen Beiträge, die sich stärker auf diejenigen Regionen in Angola und Namibia beziehen, welche unmittelbar von illegaler Besatzung (vor allem ganz Namibia ab 1966) und Krieg betroffen waren, unterscheiden sich thematisch deutlich von der Mehrheit der Aufsätze, die sich mit der Repräsentation des Geschehens in Südafrika befassen.

Elaine Windrichs Überblick über die Propaganda, mit der die UNITA von Jonas Savimbi zur ernstzunehmenden Alternative sowohl in den Augen der Konservativen in den USA als auch in der interessierten südafrikanischen Öffentlichkeit aufgebaut wurde, bringt nicht viel Neues. Ganz anders *Edgar J. Dosman* in dem wohl spannendsten Beitrag des Bandes: Teilweise gestützt auf cubanische Archive zeichnet er die strategischen Entscheidungen nach, die schließlich 1988 zur Entscheidungsschlacht von Cuito Cuanavale führten und die Blockade durchbrach, die ein Jahrzehnt lang mit dem Junktim zwischen der Präsenz cubanischer Truppen in Angola und einer Lösung der Namibia-Frage bestanden hatte. Insbesondere wird deutlich, dass hier wie schon 1975 bei der Operación Carlota, mit der das cubanische Engagement begann, Cuba keineswegs als Appendix oder Erfüllungsgehilfe sowjetischer Geostrategie auftrat, sondern eigenständig Entscheidungen auch gegen die Wünsche der sowjetischen Führung traf und ausführte.

Robert Gordon berichtet von der Beendung der illegalen Besatzung Namibias 1989/90, bei der Angehörige der United Nations Transitional Assistance Group (UNTAG) nicht nur an einer der bis dahin größten und nach wie vor erfolgreichsten UN-Missionen teilnahmen, sondern, wie er zeigt, ein spezifisches „Abenteuer“ erlebten, fernab der Katastrophe vom 1. April 1989, die den gesamten Prozess fast zum Scheitern gebracht hat, fernab auch von den Aktivitäten von einer „Myriade internationaler Beobachter“, die bereit waren, in den hintersten Winkel des Landes vorzudringen und so entscheidend zum Erfolg der Transition beizutragen – man

könnte sagen, eine Besetzung ganz eigener Art. Besetzung aus der Perspektive (nicht-weißer) Besatzer, sondern derer, die das Besatzungsregime unmittelbar zu erleiden hatten, wird in den literarischen Versuchen vor allem von Frauen aus dem Norden Namibias deutlich, die *Heike Becker* analysiert hat: Es zeigt sich die teils täglich erfahrene Machtlosigkeit gegenüber der Kriegsmaschinerie; zugleich werden Abgrenzungsstrategien deutlich: die Definition der Besatzer als „Außenseiter“. Vor allem aber betont Becker die Vernachlässigung dieser Erfahrung in offiziellen und offiziellen Darstellungen des Befreiungskrieges.

Zwei Beiträge widmen sich schließlich aus unterschiedlichen Perspektiven den Schwierigkeiten der historischen, aber auch juristischen und menschenrechtlichen Aufarbeitung des komplexen Geschehens des „Krieges an der Grenze“. *Christopher Saunders* untersucht in einigem Detail, welchen Ertrag die Arbeit der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) für die Aufarbeitung der Ereignisse in Namibia und Südafrika ergeben hat. Es ergibt sich ein äußerst uneinheitliches Bild aus einer Reihe neuer Erkenntnisse über die Praxis einiger der südafrikanischen Armeeabteilungen, das auch nicht der häufig geäußerten Kritik am „übertriebenen Legalismus“ der TRC verfallt, wobei andererseits wichtige Ereignisse, beispielsweise zahlreiche Morde an herausragenden Einzelpersonen, übergangen werden. *Justine Hunter* schließlich geht der „Politik des Erinnerns und Vergessens in Namibia seit der Unabhängigkeit“ nach (302). Die Problematik des offiziellen Versöhnungsdiskurses wird deutlich am offiziellen Schweigen über

Menschenrechtsverletzungen, die unter die Verantwortung der SWAPO im Exil fallen, ebenso wie an der Straflosigkeit des als „Dr. Death“ berüchtigten Arztes Wouter Basson, der für Folter an zahlreichen Gefangenen und ihren Tod verantwortlich ist, doch aufgrund der 1990 in Namibia erlassenen Amnestie auch in Südafrika nicht verurteilt werden konnte.

Bei aller Heterogenität und mancher Unausgewogenheit vermittelt der Band so wichtige Einsichten in die langfristigen Folgen eines über einen großen Zeitraum durchgehaltenen Besatzungsregimes für dessen Funktionsträger ebenso wie für die davon Betroffenen.

Reinhart Kößler

Sonja Wölte: *International – national – lokal. FrauenMenschenrechte und Frauenbewegung in Kenia*. Königstein i.Ts.: Ulrike Helmer 2008, 297 Seiten

Sonja Wöltes Dissertation ist eine Studie über das Wechselverhältnis zwischen Frauenbewegungen auf unterschiedlichen Ebenen und der Institutionalisierung von Frauenrechten und Frauenpolitik. Ihr Fokus liegt auf den nationalen und lokalen Frauenbewegungen in Kenia als zentralen Handlungssubjekten. Sie versuchen, die auf der internationalen Politikebene gesetzten Normen in nationale Gesetzgebung und lokale Normpraxis zu übersetzen. Wölte schließt am Fallbeispiel Kenias eine Forschungslücke, nämlich empirisch nachzuverfolgen, durch welche AkteurInnen, mit welchen Strategien und Methoden, auf welchen politischen Ebenen die Übertragung und Übersetzung der auf der UN-Ebene normativ gesetzten Frauenrechte in nationale und

lokale Kontexte geleistet werden. Dieser Prozess des „Nach-Hause-Bringens“ internationaler FrauenMenschenrechte – in Kenia „domestication“ genannt – zielt auf Veränderungen auf zwei Ebenen, zum einen auf Veränderungen des Rechtssystems und politischen Regimes, zum anderen auf Transformation sozialer Institutionen und im Alltag gelebter Normpraxis.

Die kenianischen Erfahrungen zeigen, dass sich nach der Phase der Normsetzung auf der internationalen Ebene weder ein politischer Automatismus der „domestication“ von Frauenrechten einstellt noch übernimmt die Regierung, die die UN-Frauenrechtskonvention und die Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz in Peking unterzeichnet hat, eine Führungsrolle als verantwortliche Instanz zur Gesetzesformulierung und zur Einlösung übernommener Verpflichtungen. Vielmehr sind es nationale Frauen-NGOs wie FIDA, der kenianische Juristinnenverband, die aus eigener Kraft und sogar gegen den erklärten Widerstand der autokratisch-afropatriarchalen Regierung zur treibenden Kraft des „Nach-Hause-Bringens“ werden. Indem Wölfe den Prozess der „domestication“ analysiert, leistet sie auch einen Beitrag zur Erforschung frauenpolitischer Machtbildung, die auf Veränderungen in den Geschlechterordnungen zielt.

Die nationalen Advocacy-NGOs von Frauen übernehmen im „domestication“-Prozess eine mehrfache Scharnierrolle: zum einen zwischen der internationalen und der in Kenia – wie überall in Afrika – eigenständigen Frauenbasisbewegung, zum zweiten zwischen ParlamentarierInnen und Frauenorganisationen. Die Entstehung und der Machtgewinn nationaler

Frauenorganisationen muss im Kontext der Demokratisierungsbestrebungen und Verfassungsreform in Kenia seit Ende der 1980er Jahre gesehen werden. Ihre zentralen Interessen sind politische Partizipation und Verbesserung der Gesetzgebung, während die Frauenbewegung an der Basis sich aus einer Vielzahl lokaler Frauengruppen zusammensetzt, deren Hauptaktivitäten sich auf die unmittelbare Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation von Frauen richten.

Ein wichtiger Schritt des Legitimitätsgewinns und der Machtbildung der nationalen Advocacy-NGOs war, sich im Vorfeld der Pekingener Weltfrauenkonferenz als Teil der internationalen Frauenrechtsbewegung zu definieren. Sie politisieren die Unrechtserfahrungen von Frauen an der Basis und setzten die Frauenrechtsrealitäten in Kenia, die wesentlich durch eine Pluralität und Gleichzeitigkeit mehrerer Rechtsregime gekennzeichnet sind, in Beziehung zu dem normativen Referenzrahmen von FrauenMenschenrechten, der bei den großen UN-Konferenzen der 1990er Jahre ausformuliert wurde. Damit anerkannten sie diese Normen als universell gültige.

Die Advocacy-NGOs legitimierten ihr politisches Handeln durch den Bezug auf die Normsetzung bei den Vereinten Nationen und erhalten eine zweite Dimension legitimatorischer Rückendeckung, wenn die Frauen an der Basis sich entsprechende Rechtsansprüche aneignen und sie artikulieren. Einerseits konstituieren sich die Frauen-NGOs durch die Kämpfe für Frauenrechte als legitime zivilgesellschaftliche politische Subjekte, andererseits empowern sie lokale Frauengruppen durch

Rechtsalphabetisierung und durch die Bereitstellung öffentlicher Artikulations- und Aushandlungsräume wie z.B. Dorfversammlungen und Frauentribunale. Dadurch gewinnen die Frauen an der Basis ein Selbstverständnis als Rechtssubjekte und Staatsbürgerinnen. Durch diesen multiplen Empowermentprozess entwickeln die Frauenbewegungen als zivilgesellschaftliche Akteurinnen ein neues Verhältnis zum Staat und seinen Institutionen und die Individuen an der Basis ein neues Verhältnis zu den lokalen Institutionen der Familie, des Clans, der Dorfgemeinschaft und lokaler Autoritäten. Diese Ergebnisse kollektiver und individueller Machtbildung sind die deutlichsten Erfolge des „domestication“-Prozesses, während konkrete gesetzliche Verbesserungen, auch wegen des Scheiterns der Verfassungsreform, nur bedingt erreicht werden konnten.

Dass es erst nach dem Ende des Moi-Regime und im Windschatten der anfänglich demokratischen Versprechen der Mbeki-Regierung gelang, neue Frauenrechte durchzusetzen, zeigt einmal mehr die Abhängigkeit der „domestication“ und der Handlungssubjekte von den demokratischen Möglichkeiten. Das unbeugsame Beharren des Moi Regimes widerlegt – ohne dass Wölfe dies reflektiert – Keck/Sikkings These eines Bumerang-Effekts, den transnationale advocacy-Arbeit erreicht, indem sie resistente Regime durch internationale Normen zum Einlenken bringt. Wölfs Studie zeigt einmal mehr, dass jede Phase der Definition, Legalisierung und praktischen Umsetzung von Frauenrechten ein politisch hart umkämpftes Terrain ist, bei der die Interaktion der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen

zwischen den verschiedenen Ebenen die treibende Kraft für den Aufbau von Veränderungspotential und Gegengewicht ist.

Christa Wichterich

Rolf Jordan (2007): *Singapur: Globale Stadt und autoritärer Staat*. Bad Honnef: Horlemann 2007, 203 Seiten

Seit langem schon steht das ostasiatische Singapur im Focus des Interesses nicht nur der Wirtschaft, sondern auch von Politik und Forschung. Als *Global City*, regionales Wirtschaftszentrum, Ziel von ausländischen Direktinvestitionen, aber auch von Touristen hat der Stadtstaat beständig an Bedeutung gewonnen. Die unzureichende Demokratie, die faktisch eine seit der Unabhängigkeit bestehende Diktatur der Familie Lee ist, die daraus resultierende politische Stabilität, die Wirtschaftspolitik, die zu einem rasanten Wachstum führt, die Situation der Arbeitsmigranten aus den Nachbarländern, die mangelhafte Berücksichtigung der Menschenrechte und die Wohnsituation, um nur einige Elemente der medialen Wahrnehmung zu nennen, haben zunehmend die Aufmerksamkeit der politikwissenschaftlichen Forschung auf sich gezogen.

Der Autor des hier besprochenen Bandes beschäftigt sich seit vielen Jahren mit den sozioökonomischen Entwicklungen in Südostasien und hat dort auch bereits längere Forschungsaufenthalte verbracht. Das Buch beginnt mit der Vorstellung des Stadtstaates Singapur, um sich im zweiten Kapitel dem Entwicklungsmodell zuzuwenden. Im Folgenden werden die historische Entwicklung, sowie der Einfluss der

Partei und Regierung auf die Wirtschaft beschrieben. Ab Kapitel fünf werden die Schattenseiten des Modells beschrieben, zunächst die soziale Ungleichheit, die Instrumentalisierung der Wohnungspolitik und der Umgang mit Arbeitsmigranten. Das letzte Kapitel bietet einen Ausblick auf die Beziehung zwischen Demokratie und Entwicklung in Singapur.

Dreh- und Angelpunkt des Stadtstaates – und damit auch des Buches – ist die seit der Unabhängigkeit regierende *Peoples Action Party* (PAP). Rolf Jordan macht anhand von gut ausgewählten und dokumentierten Beispielen deutlich, dass Singapur entgegen der offiziellen Verlautbarungen und der großen Deregulierung keine Marktwirtschaft ist und die Machtentfaltung der PAP in alle Bereiche der Gesellschaft vordringt (16).

Er zeigt, dass die heutigen Probleme Singapurs die gleichen sind, mit denen sich alle entwickelten kapitalistischen Gesellschaften konfrontiert sehen (alternde Bevölkerung, steigende Ausgaben für Gesundheit); es handelt sich also nicht um eine Situation, die spezifisch für das Land ist. Wodurch sich Singapur von den westlichen Demokratien allerdings deutlich unterscheidet, ist die Art, mit den dargestellten Herausforderungen umzugehen: Sie werden autoritär angegangen, ohne jegliche demokratische Abstimmungen oder Legitimation der Entscheidungen. Es herrscht das Primat der wirtschaftlichen Entwicklung vor, dem die anderen Politikbereiche untergeordnet werden. Die Wohnungspolitik (127ff) und Migrationspolitik (151ff) z.B. dienen vor allem dem Zweck des Wirtschaftswachstums, was seitens der PAP auch ohne große Umschweife zugegeben wird. Es ist in diesem Zu-

sammenhang anzumerken, dass die PAP die gesetzten Ziele größtenteils erreicht und sich die Mischung aus sozialen Leistungen und Repression als äußerst effizient für den dauerhaften Machterhalt erwiesen hat, unter anderem auch, weil das primäre Ziel, Wirtschaftswachstum, erreicht wird (86ff). Armut und Kriminalität werden erfolgreich bekämpft. Dabei geraten aber Meinungsfreiheit, Demokratie (nur 2 von 84 Parlamentssitzen gingen 2006 an die Opposition) und politische Partizipation unter die Räder.

Die Wirtschaft Singapurs ist in hohem Grade abhängig vom Außenhandel und von ausländischen Direktinvestitionen. Trotz internationaler Kritik an den drakonischen Strafen, dem Demokratiedefizit und der Konflikte auf Unternehmensebene gibt es (ähnlich wie in China) jedoch keine Anzeichen für Sanktionen. Hier wäre eine Analyse der Investitionsbedingungen für ausländische Unternehmen, deren wirtschaftliche Aktivitäten das Überleben des Systems Singapur sichern, interessant gewesen. Für Nicht-Kenner Singapurs wäre auch eine Karte, die es ermöglicht, die Auswirkungen von politischen Entscheidungen in der Fläche nachzuvollziehen, hilfreich gewesen.

Die Stärke des Buches liegt in seiner klaren Struktur. Gliederung und Kapitelüberschriften wecken auch bei Leserinnen und Lesern Interesse, die sich bisher nicht mit dem Thema Südostasien beschäftigt haben. Einige Thesen und Argumente werden anschaulich durch (meist vom Autor stammende) Fotos belegt. Es bietet in dieser Form einen guten und breitgefächerten Einstieg in das Thema und viele – nicht einfach zugängliche – Hintergrundinformationen.

Volker Hamann

Dieter Haller: *Lone Star Texas. Ethnographische Notizen aus einem unbekannten Land*. Bielefeld: transcript 2007, 221 Seiten

Die Ära George W. Bush jr. war voller Irritationen für die transatlantischen Beziehungen. Dabei dient die Tatsache, dass die Familie Bush in Texas beheimatet ist, allgemein als Teil der Erklärung von Besonderheiten US-amerikanischer Politik, die Europäern eigenartig vorkamen und sie irritierten. Bis heute ist der Bundesstaat Texas ein Kristallisationspunkt für alle möglichen Urteile und Vorurteile, die Europäer gegenüber den USA hegen. Dieter Haller, Ethnologe an der Universität Bochum, hat sich während eines mehrjährigen Aufenthalts an der University of Texas in Austin die texanische Gesellschaft als ethnologisches Untersuchungsobjekt auserkoren. Dabei kommt Bekanntes, aber auch Überraschendes zutage.

Sein theoretischer Ausgangspunkt ist zunächst die Annahme, dass Persönlichkeitsstrukturen in Wechselbeziehung mit der jeweiligen Kultur stehen, eine Position, die Haller von der „Culture and Personality“-Schule modifiziert übernimmt. Auf unterschiedlichen Feldern spürt Haller diesen kulturellen Formen nach, um dann in einem stärker theoretischen Kapitel genauer auf die „texanische Persönlichkeit“ einzugehen. Sowohl die Familiengeschichten im Ort des Landsitzes von George W. Bush jr. gehören dazu wie die Schießübungen von Krankenschwestern als Freizeitgestaltung oder eine Flussfahrt mit kreischenden Jugendlichen. Haller verwebt diese erzählend und interpretativ gestalteten Kapitel mit weiteren Alltagsbeobachtungen – im Supermarkt,

auf der „Southfolk Ranch“, im Berufsalltag an der University of Texas, und mit einer Analyse des historischen Mythos von Texas, der Belagerung von „The Alamos“.

Auf diese Weise entsteht ein ausgesprochen lesbares und unterhaltsames Buch. Und diese Unterhaltsamkeit gerät dem wissenschaftlichen Gehalt des Buches keineswegs zum Nachteil. Das wird deutlich, wenn seine erzählenden Analysen ihren Höhepunkt in der Schilderung von Sitzungen des Diät-Unternehmens „Weight Watchers“ erreicht. Die Praktiken in dieser genuin US-amerikanischen Organisation sind von einer verkannten Politizität: Denn hier wird deutlich, wie die Praktiken des „reporting“ und symbolischen „rewarding“ und die Formeln des „supporting, helping, sharing“ zu Techniken des Selbst (Michel Foucault) werden und damit eine politische Dimension entwickeln, die ein direktes Korrelat zu den politikwissenschaftlich immer stärker beachteten Institutionen werden. Die Erfindung von „Weight Watchers“ zeigt paradigmatisch den diskursiven Umschwung von der Benennung sozialer Probleme als gesellschaftlicher Aufgaben hin zu ihrer individualisierenden Interpretation als persönliche Risiken, mit deren Bewältigung die Subjekte allein gelassen werden.

Haller gelingt es so zu zeigen, wie eng vermeintlich Unpolitisches mit den politischen Selbstverständnissen und Haltungen zusammenhängt. Seine Analyse beginnt mit der Siedlungsgeschichte und den Praktiken des Raumes, in denen sich Texas auch für amerikanische Maßstäbe durch Größe und Weite auszeichnet. Dass in der historischen *Frontier*-Situation ein für Mitteleuropäer

irritierendes Verhältnis zur Gewalt entstand, zeigt Haller auch an der Geschichte idealistischer deutscher Einwanderer. Individualismus, Eigeninitiative und Naturbeherrschung spielen in einem idealtypisch formulierten texanischen Habitus eine besondere Rolle.

Solche Einsichten über die Funktion von Geschichte sind nicht so neu wie die Thesen, mit denen Haller die texanische – oder US-amerikanische – Esskultur oder den Umgang mit Homosexualität im Bundesstaat mit allgemeinen politischen Haltungen in Beziehung setzt. Kernpunkt seiner Argumentation ist hier die Angst vor Ambiguität in der Öffentlichkeit und die Separierung der Gesellschaft in „gesuchte Gemeinschaften“, in denen besondere Zwecke und Vorlieben zum vergemeinschaftenden Prinzip werden, aber zugleich das Ende einer übergreifenden Öffentlichkeit bedeuten können.

Im letzten Teil seines Buches bringt Haller diese Formentwicklungen in einen Zusammenhang mit den politischen Traditionen, die sich in Texas finden. Die traditionalistische national-konservative Mehrheit, verkörpert in den Haltungen der oligarchischen Familien, und die Modernisten wie Ross Perot oder Kinky Friedman stehen sich dabei ohne Berührungsängste gegenüber. Während für die ersteren die Vermeidung von Ambiguität und die strikte Beschränkung des Staates im Vordergrund steht, greifen die letzteren die Idee des Staates als sozial ausgleichende und steuernde Instanz auf, freilich ohne dabei die starke lokale und nationale Zentriertheit aufzugeben, die für den US-amerikanischen politischen Diskurs ohnehin kennzeichnend ist.

In einer vergleichenden Perspektive ist Hallers Buch aus mehreren Gründen

interessant. Zunächst zeigt es die Grenzen des Lokalismus als Prinzip. Denn das Besondere wird zugleich von nationalen und internationalen Tendenzen überlagert: Auch in Texas hat die Vorstadt aus Eigenheimen die Ranch als dominante Siedlungsform abgelöst, und die mythische Erzählung von „The Alamos“ zielt nicht mehr auf texanische Eigenständigkeit ab, sondern transportiert „amerikanische Werte“ wie Heldentum, Freiheit und Individualismus. An der Inszenierung des Mythos in der Gedenkstätte und im Museum der Republik wird so deutlich, dass dieses Narrativ eben eine überbrückende Funktion zwischen der teils hispanischen, teils mexikanischen Geschichte des Landstrichs und seiner Integration in die USA nach 1845 hat. Das Narrativ legitimiert nicht texanische Besonderheit, sondern die Integration in die dominant „weißen“ und anglophonen USA. Im vermeintlich Lokalen spiegelt sich eben häufig nur etwas Allgemeineres.

Für einen komparativen Blick sind aber auch die Haltungen interessant, die vielleicht einmal als „texanisch“ bezeichnet werden konnten, jetzt aber global präsent sind. Die Beschränkung des Staates auf enge Sicherheitsaufgaben, die Hypostasierung des Individualismus und der verbale Heroismus sind ja keineswegs mehr auf die USA oder Texas beschränkte Phänomene. Sie tauchen auch in anderen nationalen Arenen auf, ohne dass die Wanderungen solcher Lebensführungsideale und proto-politischen Überzeugungen schon rekonstruiert wären. Diesen Wegen nachzuspüren, wäre wohl eine lohnende Aufgabe.

Hallers Buch ist wegen der Sonderstellung der USA in der internationalen

Politik auch für die Disziplin Internationale Beziehungen interessant. Zwar lässt sich eine Außenpolitik ebenso wenig auf eine „lokale Kultur“ reduzieren, aber Haller ist nicht der erste, der eine spezifische Färbung US-amerikanischer Politik bemerkt, die durchaus zunächst als „Kultur“ bezeichnet werden kann, in Wahrheit aber auf spezifische historische Verläufe verweist. Die USA sind in dieser Hinsicht natürlich kein Einzelfall, weil sich geschichtliche Verläufe und ihre diskursiven Verdinglichungen natürlich auch in jedem anderen politischen Feld bemerkbar machen.

Wie jede gute Fallstudie trifft Haller mit seiner Rekonstruktion eines Kontextes auch eine theoretische Lücke: Wir erkennen zwar, dass die „kulturellen“ Besonderheiten, die konkreten Praktiken und Diskurse, auch für internationale Politik bedeutsam sind. Wie wir sie jedoch theoretisch einordnen, welchen systematischen Ort sie in einer Theorie der internationalen Politik einnehmen sollen, darüber schweigt die Disziplin sich noch aus.

Ein Hinweis darauf lässt sich vielleicht in Hallers Darstellung selbst finden: Denn die typischen Beziehungsmuster, die das vermeintlich besonders texanische oder US-amerikanische Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft ausmachen, die spezifischen „Ich-Wir-Balancen“, um einen Ausdruck von Norbert Elias zu gebrauchen, breiten sich über ihren Entstehungskontext aus: Die Vorstellung von Staatlichkeit, die Haller bei den texanischen Traditionalisten ausmacht, und die auch die politischen Leitlinien der Bush-Administration charakterisieren, haben sich längst über diesen Kontext hinaus verbreitet. In der Literatur häufig etwas summarisch als

„neoliberal“ charakterisiert, finden sie sich in politischen Programmatiken von Parteien in Westeuropa genauso wie in den Politiken internationaler Organisationen und den Doktrinen der großen westlichen Think-Tanks.

Diese Wanderungen verweisen darauf, dass das nationale Paradigma auch bei der Behandlung von Staatsauffassungen wohl zu verlassen wäre. Denn die Entstehung und Ausbreitung politischer Ideen und Doktrinen ist noch nie national organisiert gewesen, sondern hat sich allenfalls entlang von Sprachgrenzen in Abstufungen unterschiedlich schnell gestaltet. Das gilt für den modernen Liberalismus ebenso wie für den Konservatismus oder den – zuweilen bewusst international ausgerichteten – Sozialismus. Sie verbreiteten sich, weil in unterschiedlichen Kontexten ähnliche Interessenkonstellationen auftraten und sich zeitversetzt ähnliche Formen der Politisierung dieser Verhältnisse einstellten. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Texas in keinsten Weise von irgendeinem anderen Landstrich der Welt.

Klaus Schlichte

Thomas Hauschild: *Ritual und Gewalt. Ethnologische Studien an europäischen und mediterranen Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2008, 258 Seiten

Thomas Hauschilds Buch bietet keine kohärente Theorie oder gar Studie zum Zusammenhang von Ritual und Gewalt, sondern versammelt eine Reihe von bereits an anderen Orten publizierten Aufsätzen. Die Zusammenstellung der Artikel zu einem Buch hat ihren Ursprung in der Aktualität einer generellen Debatte um Gewalt, den kulturellen

Bedingungen und Einzigartigkeiten von Gewalt und den von ihm empfundenen Schwächen dieser Diskussionen. Anders lässt sich die Zusammenstellung und seine darin deutlich artikulierte Kritik an bestimmten wissenschaftlichen Ansätzen und Perspektiven nicht erklären. Darüber hinaus teilen die meisten der Kapitel das übergeordnete Anliegen Hauschids, durch eine mikroskopische Alltagsforschung auf die materiellen Hintergründe menschlichen Handelns zu gelangen und diese mit ökonomischen und sozialen Makroanalysen zusammenzuführen (26). Seine Schlussfolgerungen bzw. die Schlussfolgerungen aus dem Buch konzentrieren sich auf die zivilisatorischen Standards einerseits und die materiellen Grundlagen von Kultur andererseits (33). Zwischen diesen beiden Erkenntnisinteressen bewegt sich das Buch und versucht so die unterschiedlichen Kapitel mit ihren doch sehr verschiedenen Themen zu integrieren.

Die einzelnen Kapitel beschäftigen sich mit folgenden teilweise auf den ersten Blick nicht unbedingt zusammenhängenden Themen: Die Einleitung mit dem vielsagenden Titel „Was ging schief?“ ist eine Kritik an dem populären und wissenschaftlichen Kulturalismus, mit dem Erklärungen zur Differenz von Kulturen, vor allem im Anschluss an den 11. September 2001 nur äußerst unzureichend gegeben werden konnten. Seine Kritik richtet sich vor allem an die Perspektiven seiner eigenen Disziplin, der Ethnologie, und dort einerseits gegen zu textzentrierte Ansätze, die eben die materiellen Grundlagen von Kultur nicht genug beachten und andererseits gegen zu vordergründige Theorien wie die der Performanztheorie. Dagegen möchte er eine nicht-kulturalistische Perspektive

vorschlagen, die sich mit den Ursachen, Varianten und Effekten von Ritualen beschäftigt, auch um zu zeigen, dass es sich nicht um ausschließlich vor-moderne, längst überkommene Überreste handelt, sondern um sehr lebendige und zuweilen gewalttätige Teile von Kultur.

Diese Kritik nimmt Hauschild im abschließenden Kapitel wieder auf und führt sie weiter aus. Er wendet sich hier ganz grundsätzlich gegen einen kulturellen Relativismus, den er bereits in dem sehr engagierten Kapitel über den Ehrenmord und sein Verhältnis zum Recht kritisiert hat. Auf eine kurze Formel gebracht spricht sich Hauschild gegen eine kulturalistische Deutung und abschwächende Entschuldigung durch einen Bezug auf die Ehre aus – denn solch einen Ehrenkodex, der für Männer aus mediterranen Kulturen gelten soll, gäbe es nicht (203). Mord ist Mord – einfach und schlüssig, könnte man das Fazit zu diesem Punkt zusammenfassen – was eine der stärksten und in der öffentlichen Debatte wichtigsten Aussagen des Buches darstellt. Seine Kritik am Kulturrelativismus ist ein Plädoyer für den Universalismus, in dem die Anthropologie einen wichtigen wissenschaftlichen Platz einnehmen kann, denn sie ist es, die sich um die materiellen Grundlagen von Gesellschaft, Ökonomie und den sozialen Beziehungen die entsprechenden Gedanken macht.

Der Bedeutung materieller Kultur in der Praxis des Glaubens widmet er sich in den beiden auf die Einleitung folgenden Kapiteln. Darin analysiert er Feldmaterial aus Süditalien und zeigt wie Religion etwas ganz Konkretes sein kann, etwas, dass sich sowohl körperlich als auch über Handeln manifestieren kann und nicht nur eine vage

transzendente Idee ist. Vor allem der Rolle der Magie widmet er im 3. Kapitel einigen Raum, letztlich auch um zu zeigen, dass die christliche Religion ein Sammelsurium ist, welches vor allem in den von ihm untersuchten mediterranen Kulturen (aber auch darüber hinaus) aus hochreligiösen und alltäglichen, traditionellen Kulte und Praktiken besteht. Kritisch merkt Hauschild dabei an, dass der Begriff Mittelmeerraum nicht essentiell ist, sondern relational und einer ständigen Überprüfung bedarf – auch und gerade unter den Bedingungen der Globalisierung.

Anschließend daran widmet sich das 4. Kapitel der Mafia und ihren Produktionsweisen. Hauschild präsentiert eine dichte und kritische Analyse der Mafia wie auch der soziologischen und anthropologischen Forschung über die Mafia. Eine verklärende und mythisch-überhöhende Darstellung findet bei ihm nicht statt. Dafür eine Analyse, die vor allem die materiellen Grundlagen dieser Strukturen und Vergesellschaftungsform berücksichtigt sowie die Stellung der Mafia im Schnittpunkt von Gewalt, Tradition und sozialer Netzwerke in Europa im Zeitalter der Globalisierung und Vernetzung.

In ähnlicher Weise versucht sich Hauschild im 5. Kapitel an einer Ethnographie von Al-Qauida, was leider nicht in dem Maße gelingt wie die anderen Ausführungen. Das mag auch daran liegen, dass dieses Kapitel in dem Buch ein Ausreißer darstellt. Zwar geht es immer noch um Gewalt sowie um das Verstehen kultureller Differenz, über die es sich seit den Anschlägen des 11. September und des islamistischen Terror insgesamt verstärkt nachzudenken lohnt. Eine so verständliche wie auch argumentativ

starke Analyse wie in den anderen Kapiteln, speziell zu Mafia und Ehrenmord gelingt ihm jedoch hier nicht. Das Kapitel ist an den Rest nur lose angebunden und verzettelt sich in Themensprüngen und vagen Überlegungen im Gegensatz zu den sehr dichten Analysen Italiens und der daraus gezogenen Schlüsse. Vielleicht lässt sich Al-Qauida nicht mit den dort gewonnenen Erkenntnissen erklären – muss es aber auch nicht.

Mit dem Kapitel zum Ehrenmord und einem zusammenfassenden Kapitel schließt das Buch ab.

Fazit: Hauschild präsentiert eine scharfe Kritik an Ansätzen des kulturellen Relativismus in positiver Weise, indem er zeigt, wie Zusammenhänge von Gewalt und gesellschaftlicher Praxis über Kultur rituell vermittelt sein können. Die Konzentration auf die materiellen Grundlagen von Gesellschaften, die auch im Zeitalter von Globalisierung, globalem Terror und (global agierender) organisierten Kriminalität eine wichtige Rolle spielen, sind ein Gewinn und wichtige Perspektive für jede ethnologische, sozial-anthropologische oder soziologische Forschung. Sein Plädoyer gegen eine kulturalistische Sichtweise des als Ehrenmord bezeichneten Phänomens ist nur zu begrüßen und gehört in jedes Schulbuch. Die spannenden Einzelanalysen trösten über das inkohärente Ganze hinweg. „Gewalt und Ritual“ ist nicht ausschließlich für die eigene Disziplin geschrieben, sondern sucht eine breitere Leserschaft. Es ist keine populärwissenschaftliche Schrift, aber eine, die über die Grenzen der Ethnologie Wirkung haben sollte und in der Ethnologie und Kulturwissenschaft allgemein ihre kritische Absicht nicht verfehlen dürfte.

Nils Zurawski

Reinhard Stockmann (Hg.): *Handbuch zur Evaluation – eine praktische Handlungsanleitung*. Münster: Waxmann 2007, 367 Seiten

Der Band 6 der Reihe *Sozialwissenschaftliche Evaluationsforschung* richtet sich, wie im Untertitel 'Handlungsanleitung' hingewiesen, vorwiegend an die Praktiker im wachsenden Feld der Evaluierungslandschaft. Nicht nur im Politikfeld der Entwicklungspolitik, das zweifellos die längste Evaluierungstradition hat, spielen Evaluierungen eine zunehmende Rolle. Sie sind in fast allen Bereichen von Gesellschaft und Politik als Teil von Qualitätsmanagement sowie der Erfolgs- und Wirkungskontrolle zum Standard geworden. Damit ist auch der Bedarf an methodischen Hilfestellungen und Informationsmaterialien für alle an diesem Prozess Beteiligten, Auftraggeber wie Evaluierer, gestiegen.

Dieses Handbuch trifft genau auf den erwähnten Bedarf, denn es übersetzt die wissenschaftlichen Erkenntnisse und die sozialwissenschaftlichen Methoden in ein handhabbares Format für den praktischen Umgang, ohne dabei die Verfahren in unzulässiger Form zu vereinfachen und die methodische Stringenz zu verwässern. Das Anliegen des Bandes ist, einerseits die Grundlagen der Evaluierung und ihre Einordnung in der organisatorischen Gesamtkonstellation von Planung und Steuerung zu erläutern und andererseits für alle Schritte des gesamten Prozesses verständliche Handreichungen zu geben.

Die Autorinnen und Autoren, R. Stockmann, S. Silvestrini, W. Meyer, T. Brandt, P. Maats, V. Schneider und R. Meiers decken in 10 Beiträgen des Readers dieses Spektrum ab. In der

Einleitung wird zunächst gefragt „Wozu brauchen wir Evaluationen“, gefolgt von einer „Einführung in die Evaluation“, die einen kurzen und sehr klaren Überblick über die verschiedenen gebräuchlichen Evaluationsansätze gibt. Der Beitrag „Konkurrierende und komplementäre Ansätze zur Evaluation“ ordnet die Evaluierung in die anderen Kontrollinstrumente einer Organisation ein (Beiträge 1-3 Stockmann). Im 4. Artikel (Silvestrini) wird der „Organisatorische Ablauf von Evaluationen“ mit den verschiedenen Schritten sehr anschaulich und praxisnah beschrieben. Meyer stellt dann die „Evaluationsdesigns“ vor, wobei er herausstellt, dass es kein allgemeinverbindliches Design gibt. Aus den vorgestellten Elementen gilt es, je nach Anforderung situativ eine passende Struktur zusammenzustellen. „Sozialer Kontext der Evaluation“ (Brandt) geht auf die Rolle der verschiedenen Akteure und auf die Qualifikationsanforderungen für Evaluatoren ein.

Die konkreten methodischen Fragen und Instrumente für die Durchführung werden ab Artikel 7 dargestellt. Meyer gelingt es, den in der Praxis immer recht schwierigen Komplex von „Messen: Indikatoren – Skalen – Indizes – Interpretationen“ sehr anschaulich darzustellen. Didaktisch ist dieser Beitrag erfreulich klar aufgebaut, sodass die theoretisch komplexen Konstrukte für die praktische Anwendung verständlich gemacht werden. Gerade bei dieser Thematik sind im konkreten Fall in der Praxis oft besondere Schwierigkeiten zu beobachten. Auch das Kapitel „Datenerhebung: Befragungen – Beobachtungen – Nicht-Reaktive Verfahren“ (Meyer) kann mit Fug und Recht – wie der Titel des Bandes heißt – als praktische

Handlungsanleitung bezeichnet werden. Hier lässt der Wissenschaftler seine umfangreiche praktische Evaluationserfahrung einfließen.

Die quantitativen Verfahren werden von Maats in der „Einführung in das Datenmanagement und die Datenauswertung“ erläutert. Auf 35 Seiten können natürlich die quantitativen Verfahren nicht in allen Details ausgebreitet werden, aber sie werden in verständlicher Form vorgestellt. Dabei ist es gelungen, den Stellenwert und das Vorgehen verständlich zu machen, ja es wurde auch Interesse für eine Vertiefung der praktischen Kenntnisse geweckt. Der Beitrag 10 widmet sich dem „Reporting“, das oft als letzter und wichtigster Schritt des Evaluierungsprozesses verstanden wird. Als abschließende Etappe hat der Bericht insofern eine besondere Bedeutung, weil damit dem Auftraggeber das Ergebnis des gesamten Prozesses vorgelegt wird. In der Praxis ist *Reporting* jedoch weiter gefasst, denn bei jedem der verschiedenen Schritte und gegenüber den verschiedenen Akteuren/Zielgruppen hat es als *feed back* zu erfolgen. Mit praktischen Beispielen wird dabei auch auf Präsentationsformen eingegangen.

Der Band stellt insgesamt alle wichtigen Themen und Fragen im Evaluationsprozess in einer wirklich sehr praxisnahen und gut verständlichen Form dar. Layout und Präsentation des Textes werden dem Titel *Handbuch* voll gerecht und erleichtern durch die klaren Gliederungen und Darstellungsformen mit Tabellen und graphisch abgehobenen Zusammenfassungen die Lektüre. Dies macht den Band zu einem wirklichen Leitfaden für Praktiker. Die Autoren und Autorinnen kombinieren ihren wissenschaftlichen Hintergrund mit praktischer Evaluationserfahrung, sicher ein Alleinstellungsmerkmal. Die praxisorientierte Zusammenfassung der Evaluierungsforschung kann verständlicherweise die Lehrmaterialien und/oder Trainingskurse nicht ersetzen, vielmehr ist es als Ergänzung zu verstehen. Aus der Sicht eines Praktikers ist der Band ein überaus nützliches und aktuelles Kompendium, das für alle an Evaluierungen Beteiligten immer wieder als handliches Repetitorium und Nachschlagewerk dienen kann und ihnen genau dafür empfohlen wird.

Theo Mutter

Eingegangene Bücher

Basler Afrika Bibliographien: *Jahresbericht 2008 – Annual Report*. Basel: Basler Afrika Bibliographien 2009, 64 S.
ISSN: 1424-2931

Baumann, Marcel M.; Hanne-Margret Birckenbach; Volkhard Brandes; Sandra Dieterich; Ulrich Gundermann & Ulrike Suhr (Hg.): *Friedensforschung und Friedenspraxis. Ermutigung zur Arbeit an der Utopie*. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel 2009, 372 S.
ISBN: 978860993835

Baumann, Marcel M.; Tamirace Fakhoury-Mühlbacher & Leslie Tramontini: *Prophetenbeleidigung? Die Muhammad-Karikaturen und die Aktualität des religiösen Konfliktpotentials*. Freiburg i.Br.: Arnold Bergstraesser Institut 2009, 95 S.
ISBN: 9783928597524

Bereswill, Mechthild; Michael Meuser & Sylka Scholz (Hg.): *Dimensionen der Kategorie Geschlecht: Der Fall Männlichkeit*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2009, 2. Aufl. (= Forum Frauen- und Geschlechterforschung, Bd. 22), 258 S.
ISBN: 9783896912220

Blank, Martina: *Zwischen Protest und trabajo territorial. Soziale Bewegungen in Argentinien auf der Suche nach anderen Räumen*. Berlin: edition tranvia – Verlag Walter Frey 2009 (= Fragmentierte Moderne in Lateinamerika, Bd. 9), 300 S.
ISBN: 9783938944349

Burchardt, Hans-Jürgen (Hg.): *Nord-Süd-Beziehungen im Umbruch. Neue Perspektiven auf Staat und Demokratie in der Weltpolitik*. Frankfurt a.M. &

- New York: Campus 2009, 336 S.
ISBN: 9783593390161
- Clark, Howard (Hg.): *People Power: Unarmed Resistance and Global Solidarity*. London & New York: Pluto Press 2009, 256 S.
ISBN: 9780745329017
- epd Dokumentation 2009/39: *Basic Income Grant – Grundeinkommen in Namibia. Eine Herausforderung für Europa*. Texte zur internationalen Fachtagung der Vereinigten Evangelischen Mission gemeinsam mit der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Evangelischen Kirche von Westfalen am 6. März in Wuppertal, 50 S. (Bezug: GEP, Vertrieb, Postfach 500550, 60394 Frankfurt a.M.)
- Fischer, Karin; Gerald Hödl & Wiebke Sievers (Hg.): *Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development*. Wien: Mandelbaum 2008, 300 S.
ISBN: 9783854762751
- Greverus, InaMaria: *Über die Poesie und die Prosa der Räume. Gedanken zu einer Anthropologie des Raums*. Berlin: Lit 2009, 545 S.
ISBN: 9783643103406
- Hanafi El Siofi, Mona: *Der Westen – ein Sodom und Gomorrah? Westliche Frauen und Männer im Fokus ägyptischer Musliminnen*. Sulzbach im Taunus: Ulrike Helmer 2009, 212 S.
ISBN: 9783897412811
- Harcourt, Wendy: *Body Politics in Development. Critical Debates in Gender and Development*. London: Zed Books 2009, 176 S.
ISBN: 9781842779347 (Hb) o. 9781842779354 (Pb)
- Kollektiv Rage (Hg.): *Banlieues. Die Zeit der Forderungen ist vorbei*. Berlin: Assoziation A 2009, 280 S.
ISBN: 9783935936811
- Ladewig, Rebekka, & Annette Vowinkel (Hg.): *Am Ball der Zeit. Fußball als Ereignis und Faszinosum*. Bielefeld: transcript 2009 (= Kultur- und Medientheorie), 190 S.
ISBN: 9783837612806
- Manby, Bronwen: *Struggles for Citizenship in Africa*. London: Zed Books 2009, 198 S.
ISBN: 9781848133525
- McCann, Gerard, & Stephen McCloskey (Hg.): *From The Local To The Global: Key Issues in Development Studies*. 2. Aufl., London & New York: Pluto Press 2009, 320 S.
ISBN: 9780745328423
- McKeon, Nora: *The United Nations and Civil Society. Legitimizing Global Governance – Whose Voice?* Zed Books 2009, 243 S.
ISBN: 9781848132757
- Mookherjee, Monica: *Women's Rights as Multicultural Claims. Reconfiguring Gender and Diversity in Political Philosophy*. Edinburgh: Edinburgh University Press 2009, 208 S.
ISBN: 9780748632794
- Organisation for Economic Co-Operation and Development – OECD (Hg.): *International Migration Outlook: SOPEMI 2009*. Bonn: UNO-Verlag – OECD-Vertrieb 2009, 225 S.
ISBN: 9789264056619
- Pospisil, Jan: *Die Entwicklung von Sicherheit. Entwicklungspolitische Programme der USA und Deutschlands im Grenzbereich zur Sicherheitspolitik*. Bielefeld: transcript 2009 (= Global Studies), 442 S.
ISBN: 9783837610772
- Projektgruppe Nationalismuskritik (Hg.): *Irrsinn der Normalität. Aspekte der Reartikulation des deutschen Nationalismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2009, 259 S.
ISBN: 9783896917799
- Quarry, Wendy, & Ricardo Ramirez: *Communication for another development. Listening before telling*. Zed Books 2009, 157 S.
ISBN: 9781848130098
- Rauch, Theo: *Entwicklungspolitik. Theorien, Strategien, Instrumente*. Braunschweig: Westermann 2009 (= Das Geographische Seminar), 384 S.
ISBN: 9783141603538
- Regenbogen-Philanthropie! *Deutsche Unterstützung für die lesbisch-schwule, bi-, trans- und intersexuelle (LSBTI) Menschenrechtsarbeit im globalen Süden und Osten*. Hamburg: Dreilinden 2009, 32 S.
- Roth, Karl Heinz: *Die globale Krise*. Hamburg: VSA 2009 (= Globale Krise – Globale Proletarisierung – Gegenperspektiven, Bd. 1), 336 S.
ISBN: 9783899653632
- Scheck, Raffael: *Hitlers afrikanische Opfer. Die Mاسaker der Wehrmacht an schwarzen französischen Soldaten*. Berlin: Assoziation A 2009, 200 S.
ISBN: 9783935936699
- Simonis, Udo; Heike Leitschuh; Gerd Michelsen; Günter Altner & Ernst Ulrich von Weizsäcker (Hg.): *Umwälzung der Erde. Konflikte um Ressourcen – Jahrbuch Ökologie 2010*. Stuttgart: S. Hirzel 2009, 248 S.
ISBN: 9783777617688
- Southall, Roger, & Henning Melber (Hg.): *A New Scramble for Africa? Imperialism, Investment and Development*. Pietermaritzburg: University of Kwazulu/Natal Press 2009, 440 S.
ISBN: 9781869141714
- Subcomandante Marcos: *Kassensturz*. Interviews mit Laura Castellanos, Hamburg: Edition Nautilus 2009, 160 S.
ISBN: 9783894015909
- van der Linden, Marcel, & Karl Heinz Roth (Hg.): *Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts*. Berlin & Hamburg: Assoziation A 2009, 605 S.
ISBN: 9783935936804
- WIDERSPRUCH 56: *Krankheit/Gesundheit*. 29. Jg., 1. Halbjahr 2009, Zürich: WIDERSPRUCH (Postfach, CH – 8031 Zürich), 240 S.
ISSN: 1420-0945
- Zibechi, Raúl: *Bolivien. Die Zersplitterung der Macht*. Hamburg: Edition Nautilus 2009 (= Nautilus Flugschrift), 224 S.
ISBN: 9783894015916